Freitag, den 15. April 1921. 93. Jahrgang. — Nr. 87.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Cöln Nr. 41494.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3825.

Bezugspreis: In Bochum und Umgebung monatlich 6.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., monatlich 6.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. — Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 40 Pfg., Familienanzeigen 30 Pfg., Stellengesuche 25 Pfg.; außerhalb 50 Pfg. für 1mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 1.75 Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr 25 Mk. das Tausend. Bei zwangsweiser Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr

Deutsche Volkspartei.

Die Westdeutsche Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei, umfassend die Wahlkreise Westfalen-Süd und -Nord, Düsseldorf-Ost und -West, hielt am gestrigen Donnerstag in Essen eine Sitzung ab, die sehr gut aus den beteiligten Wahlkreisen besucht war. Nach den einleitenden Worten des Vorsitzenden wurde das Andenken an die verstorbene Kaiserin durch Erheben von den Sitzen geehrt. Den interessanten und aufklärenden Vorträgen der Abgeordneten Exzellenz Dr. Becker, Geheimrat Dr. Quaatz, Dr. Cremer und Westermann schloß sich eine rege Aussprache an, die auch noch verschiedene wertvolle Aufschlüsse brachte. Einstimmig wurde beschlossen, folgende Entschließung an die Parteileitung zu richten:

„Die Westdeutsche Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei (Wahlkreise Westfalen-Süd und -Nord, Düsseldorf-Ost und -West) mit über 500 000 volksparteilichen Stimmen, betrachten die bisher bekannten Vorschläge für Bildung eines Ministeriums Stegerwald in Preußen als Herausforderung der Deutschen Volkspartei, deren Verwirklichung nur mit schärfster Kampfansage beantwortet werden kann.

Die Arbeitsgemeinschaft hält die letzten Vorschläge des Ministers Simons in London für unerfüllbar. Sollte sich eine deutsche Regierung finden, die sich bei etwaigen späteren Verhandlungen zu ähnlichen Vorschlägen verleiten ließe, darf in dieser Regierung kein Mann unserer Partei sitzen. Weder Besetzung des Ruhrgebiets noch andere Zwangsmaßnahmen dürfen an dieser Haltung etwas ändern. Wir erwarten von den Fraktionen und der Partei, vor allem aber von ihren Führern, im heutigen entscheidenden Augenblick eine entschiedene nationale Politik."

An den Kaiser in Haus Doorn wurde folgendes Telegramm gesandt:

„Die Westdeutsche Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei gestattet sich, bei dem Ableben der Kaiserin ihr tiefempfundenes Beileid auszusprechen und der Versicherung Ausdruck zu geben, daß wir der hohen Frau in unauslöschbarer Dankbarkeit stets treu gedenken werden."

Ministerpräsident Stegerwald über die Kabinettsbildung.

w. **Berlin**, 14. April. Ein Vertreter des WTB. hatte heute vormittag eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Stegerwald, aus der folgendes als Ansicht des Ministerpräsidenten über die gegenwärtige Sachlage zu entnehmen ist:

Sowohl die letzten Reichstagswahlen wie auch die Wahlen zum preußischen Landtag haben in Ziffern ausgedrückt einen etwa 10—15prozentigen Ruck nach rechts gebracht. Ob dieses Volksvotum politisch richtig oder falsch war, steht bei der Regierungsbildung nicht zur Entscheidung. In Preußen stehen heute rechts von den Koalitionsparteien 133 und links 59 Abgeordnete. Auf dieser Sachlage hat Ministerpräsident Stegerwald aufgebaut.

Zur preußischen Regierungsbildung bestehen in der Hauptsache vier Möglichkeiten:

Zunächst eine Koalitionsregierung von der Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei. Dies ist aus außer- und innerpolitischen Gründen das Gebot der Stunde. Das deutsche Volk erarbeitet sich bei der gegenwärtigen Lage nicht wieder das frühere Ansehen in der Welt, wenn es sich nicht dazu versteht, seine inneren Parteigegensätze zu mildern und zurückzustellen. Nach den Vorgängen in den letzten 3½ Jahren ist die Stunde gekommen, auszusprechen, daß eine gewisse Stetigkeit in der Politik eine der ersten Voraussetzungen ist für einen allmählichen Wiederaufstieg des deutschen Volkes. Diese Stetigkeit ist nur erreichbar durch eine ständige und möglichst gleichartige Haltung des Reiches und Preußens und durch weitgehende Rücksichtnahme auf die Imponderabilien der Koalitionsparteien.

Die zweite Möglichkeit zur Regierungsbildung ist die alte Koalition. Vom rein preußischen Standpunkt aus betrachtet ist ein solches Kabinett im Notfall tragfähig. Die Regierungsbildung in Preußen läßt sich aber gegenwärtig nicht völlig loslösen von der Lage im Reiche. Die Reichsregierung hat in den nächsten 14 Tagen im Hinblick auf die durch die Entente angekündigte Inkraftsetzung der Sanktionen einen Kampf um Leben und Tod zu führen. Auf dem Kabinett lasten in der zweiten Hälfte des Aprils eine ungeheure Verantwortung. In einer solchen Situation glaubt Stegerwald von moralischen Erwägungen ganz abgesehen es auch politisch nicht vertreten zu können, eine der Koalitionsparteien des Reiches, die Deutsche Volkspartei in Preußen gröblich vor den Kopf zu stoßen. Stegerwald will auch nach Beendigung seiner Mission nicht nur nach links sondern auch nach rechts als anständiger Politiker und Mensch dastehen.

Eine dritte Möglichkeit zur Regierungsbildung in Preußen war die gleiche Minderheitskoalition wie im Reiche. Dieser Weg ist in gegenwärtiger Stunde insbesondere aus innerpolitischen Gründen nicht gangbar. Das außerordentlich wichtige Ueberschichtenabkommen im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau ist noch in der Schwebe. Zwischen Unternehmern und Arbeitern sind dabei noch große Schwierigkeiten zu überwinden. Bei dem Inkrafttreten der Sanktionen steht Deutschland vor einer so gewaltigen Arbeitslosigkeit wie noch nie in seiner Geschichte. Das sind nur zwei der wichtigsten Punkte, die hier in Frage kommen. Bei einer solchen Sachlage ist es politisch nicht tragbar, die Sozialdemokratie vollständig außerhalb der unmittelbaren politisch-parlamentarischen Verantwortung zu stellen.

Die vierte Möglichkeit besteht in der Bildung eines Geschäftsministeriums mit überwiegend politisch-parlamentarischem Einschlag, da mit Beamten allein die politisch-anormalen Verhältnisse der Gegenwart nicht gemeistert werden können. Ueber den Charakter und die Zusammensetzung dieses Geschäftsministeriums, das keine Fortsetzung der alten Koalition sein würde, konnte bis jetzt eine Uebereinstimmung ebenfalls nicht erzielt werden. Stegerwald glaubt die großen Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei dadurch ausgleichen zu können, daß er für die Sozialdemokratie drei, für die Bürgerlichen fünf Ministerien vorsah, von denen zwei durch Beamte besetzt werden sollten, die treu zur Reichsverfassung und zur preußischen Verfassung ständen und im übrigen der Deutschen Volkspartei als genehm betrachtet werden könnten. Für diesen Fall hatte Stegerwald von der Deutschen Volkspartei gefordert, daß sie bei der Vertrauensfrage im Gegensatz zu den anderen Parteien nicht für die Regierung stimmen solle, aber auch nicht gegen diese stimmen dürfe, sondern weiße Zettel abgeben solle. Dieses Ansinnen hat die Deutsche Volkspartei abgelehnt. Etwas politisch Unehrliches hat Stegerwald der Deutschen Volkspartei also nicht zugemutet.

Zur Stunde bestehen noch drei Möglichkeiten zu einem Ausgleich:

1. Entweder die Parteien geben Stegerwald vollständig freie Hand, die durch ihn aus ihrer Reihe beratenen Minister nicht durch Fraktionsbeschluß an der Annahme des Ministeriums zu behindern.

2. Es wird ein Geschäftsministerium gebildet aus zwei Sozialdemokraten, je einem Vertreter der Zentrumspartei, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, während der Rest der Ministerien durch Beamte oder politisch nicht abgestempelte Persönlichkeiten besetzt wird. Die Parteien wären an diese Regierung, die keine Koalitionsregierung ist, nur lose gebunden. Es könnte Politik mit wechselnder Mehrheit gemacht werden, die Geschäfte einstweilen fortgeführt und das Weitere der politischen Entwicklung der nächsten Zeit überlassen werden.

3. Es wird ein Ministerium aus Zentrum und Demokraten gebildet, wenn sich dadurch eine wohlwollende Neutralität der beiden Nachbarparteien von links und rechts erzielen läßt.

* * *

w. **Berlin**, 14. April. Auch der gestrige Tag hat eine endgültige Lösung in der Frage der Kabinettsbildung in Preußen nicht gebracht. Die gestern von einigen Blättern veröffentlichte Ministerliste dürfte jedoch, wie der Lokalanzeiger meldet, kaum einer Aenderung unterzogen werden. Auf die Einwendungen der Deutschen Volkspartei erklärte Stegerwald, er könne aus mehreren zwingenden Gründen an der Ministerliste in ihrer ungefähren Gestalt wesentliche Aenderungen nicht vornehmen. Die Deutsche Volkspartei habe darauf dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß sie nunmehr seinem Kabinett das Vertrauensvotum verweigern würde.

Deutschlands Gesamt-Verpflichtungen.

130—150 Milliarden Goldmark.

Wie Pertinax im Echo de Paris mitteilt, wird der Betrag, den die Reparationskommission in einigen Tagen über die Gesamtverpflichtungen Deutschlands festsetzen wird, zwischen 130 und 150 Milliarden Goldmark schwanken.

Zum Tode der deutschen Kaiserin.

Amsterdam, 14. April. Allgem. Handelsbl. meldet: Die Abfahrt des Leichenzuges aus Doorn wird unter Glockengeläute erfolgen. Das Blatt meldet aus Zevenaar: Heute vormittag kamen in Zevenaar drei Wagen des früheren kaiserlichen Hofzuges aus Deutschland auf dem Wege nach Doorn an, um die Leiche der früheren Kaiserin abzuholen. Nur einige deutsche Beamte begleiteten den Wagen, von denen einer als Leichenwagen eingerichtet und mit einfachem Tannengrün geschmückt war. Die beiden anderen Wagen dienen zur Beförderung der Begleiter.

Der Landtag zum Kommunistenputsch.

Berlin, 14. April.

Präsident **Leinert** eröffnet die Sitzung um 2½ Uhr und gibt bekannt, daß der Abg. Adolf Hoffmann (Komm.) sein Mandat niedergelegt hat. (Große Bewegung im ganzen Hause.) Der Präsident teilt weiter mit, daß der Beschluß des Aeltestenrates, die 10 Gegenstände der Tagesordnung, die sich sämtlich mit den mitteldeutschen Unruhen beschäftigen, gemeinsam verhandelt werden sollen.

Zunächst begründet Abg. **Graef** (Dt. Natl.) eine große Anfrage der Deutschnationalen Fraktion, weshalb das Staatsministerium, obwohl es durch wiederholte Veröffentlichungen rechtsgerichteter Zeitungen seit langen Wochen auf die planmäßige Vorbereitung des mitteldeutschen Aufstandes aufmerksam gemacht worden sei, nichts unternommen habe, um wirksam gegen das Treiben der kommunistischen Partei und ihrer Presse einzuschreiten. In der Begründung des Abg. Graef heißt es: Es ist kein Zufall, daß die furchtbaren Zerstörungen, die gerade im Reich des Herrn Hörsing diesem Musterinstitut nachrevolutionärer Verwaltungskunst geschehen sind. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Herr Hörsing, dieses Verwaltungsgenie (Heiterkeit rechts), ist die Treppe hinaufgefallen, nachdem er sich in Oberschlesien unmöglich gemacht hatte. Sein Verwaltungsbezirk in der Provinz Sachsen ist geradezu ein Versuchslaboratorium für Unabhängige und Kommunisten geworden. Der Schutzpolizei gebührt für ihre umfangreiche Tätigkeit der wärmste Dank des Volkes. (Lebh. Beifall.) Besonders bewährt hatten sich unter ihren Führern die ehemaligen Armeeoffiziere. (Beifall rechts, Widerspruch und Unruhe ganz links.) Die Tätigkeit der Schupo ist umso mehr anzuerkennen, als die Regierung gerade bei ihren Anstellungsverhältnissen kein besonderes Entgegenkommen bewiesen hat. Dem Minister machen wir den Vorwurf, die Forderung der Reichsregierung, die Internierungslager für unerwünschte Ausländer zu schaffen, nicht erfüllt zu haben, nur so werde es den Russen möglich, ihre blutige Propaganda zu treiben. Der schlimmste Vorwurf gegen die Minister und Herrn Hörsing liegt aber in der Nichtverwendung der Reichswehr. Weshalb haben wir denn die Reichswehr, wenn wir sie nicht verwenden dürfen. Wäre sie verwandt worden, wären auch sicherlich nicht so viele Kommunistenführer entkommen.

Abg. **Eberlein** (Kommunist) begründet sodann den Antrag seiner Partei auf ein Mißtrauensvotum für das Staatsministerium wegen der Hörsingschen Polizeiaktion und beschwert sich über die Höhe der gegen kommunistische Arbeiter verhängten Strafen. Der Redner wendet sich insbesondere gegen die Sozialdemokraten und fährt fort: Leider haben die Arbeiter in Mansfeld etwas zu früh losgeschlagen und unsere Parole nicht abgewartet. Das Proletariat wird die schamlosen Vertreter aus dem sozialdemokratischen Lager zur Verantwortung ziehen. (Große Unruhe bei den Soz.) Die Sozialdemokraten sind schamlose Arbeiterverräter. (Rufe bei den Kommunisten: Verbrecher sind es, Heuchler.) Jetzt haben wir das erste Gefecht gehabt, das kein Sieg sein konnte. Der letzte Kampf, der letzte Sieg wird unser sein. Wir werden den Kampf gegen die Bourgoisie führen, bis die Massen, das Proletariat, auf unserer Seite sind. (Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Abg. **Krüger-Potsdam** (Soz.) begründet einen Antrag seiner Fraktion auf Aenderung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. 3. 21 dahin, in denen der Ausnahmezustand aus Anlaß der letzten Unruhen verhängt wurde. Jugendliche Personen sollen danach nicht unter die Ausnahmegerichte fallen und den Angeklagten soll die Verteidigung erleichtert werden.

Abg. **Kleinspohn** (U.) begründet die Anfrage seiner Fraktion gegen die Sondergerichte und die Aufhebung des Schießerlasses. Er protestiert gegen den sinnlosen Zwang der Kommunisten. Der Anschauungsunterricht, den die Kommunisten in Mitteldeutschland gegeben haben, habe die Arbeiter gründlich aufgeklärt. Der Augenblick des Kampfes wurde gewählt, als der Regierung durch die Ententesanktionen und Verhandlungen die Hände gebunden schienen. Wenn diese Rechnung glücklicherweise nicht gestimmt hat, so liegt das an der Einsicht der Arbeiterschaft.

Präsident **Leinert** verweist daraufhin, daß der Mißtrauensantrag Eberleins, der verfassungsgemäß bestimmten Unterstützung durch 30 Mitglieder entbehre und deshalb abgesetzt werden müsse.

Nächste Sitzung morgen Mittag.

*

w. **Berlin**, 14. April. Nach einer Mitteilung des Präsidenten Leinert im Landtage, legte der kommunistische Abg. Adolf Hoffmann sein Mandat nieder. Wie wir hierzu erfahren, hat die Mandatsniederlegung seinen Grund darin, daß nach einem Beschluß der kommunistischen Fraktion kein kommunistischer Abgeordneter zwei Mandate innehaben darf.

Harding und Simons.

Präsident Harding hat gesprochen. Er hat tags vorher dem Repräsentantenhaus durch seinen Sekretär mitteilen lassen, die Redaktion seiner Botschaft gestalte sich so schwierig, daß er erst im letzten Augenblick damit fertig werden würde. Und das Ergebnis dieses langen Ueberlegens ist denn auch ein diplomatisches Machwerk geworden, so widerspruchsvoll und so verzwickt, daß im Grunde sich jeder daraus herausuchen kann, was ihm paßt. Auch die Franzosen werden sich äußerlich für befriedigt erklären, was allerdings nicht verhindern kann, daß die Haltung Hardings für sie eine schwere Enttäuschung bedeutet. Denn der amerikanische Präsident zerreißt nicht nur — soweit die Vereinigten Staaten in Frage kommen — den Pakt des Völkerbundes, er weist auch jeden Gedanken von sich, irgendeine Verpflichtung zu übernehmen, die sein Land späterhin in die innereuropäischen Konflikte hineinziehen könnte. Vivianis Mission ist also gescheitert.

Auf der anderen Seite aber werden aus den Worten Hardings auch die zahlreichen Phantasten in Deutschland, die den Glauben nicht aufgeben wollten, daß Amerika uns die Kastanien aus dem Feuer holen würde, greifbare Unterlagen für eine solche Politik nicht herauslesen können. Was eigentlich von vornherein selbstverständlich war, steht jetzt fest: wir haben von den Vereinigten Staaten keinerlei aktive oder passive Unterstützung zu erwarten. Wir sind nach wie vor vollkommen isoliert und müssen sehen, wie wir mit dem Druck der Entente allein fertig werden. Herr Harding will zwar seinen Frieden mit uns schließen und lehnt auch jeden Zusatz, der diesem Abschluß eine antideutsche Note geben könnte, ab; aber er vermeidet gleichzeitig auch alles, was die alliierten Mächte irgendwie verletzen könnte. Und wenn wir ihn richtig verstehen, wird er die Technik des Friedensschlusses mit Deutschland solange hinausschieben, bis die Entente ihre Entscheidungen über uns getroffen hat. Er hat zweifellos nicht die Absicht, zunächst den Franzosen bei der Fortsetzung ihrer „Sanktionen" in den Arm zu fallen, sondern will abwarten, wie die Dinge in Europa weiter laufen. Daß er den Völkerbund, wie er in Versailles geschaffen wurde, als ein „Zwangsmittel der Sieger" geißelt, nützt uns nichts, denn die Völkervereinigung der Zukunft, die er im Auge hat, will er erst in späterer Zeit in vorsichtige Erwägung ziehen. Mag sein, daß dann der Augenblick gekommen ist, wo die amerikanische Unterstützung für uns etwas bedeuten kann, aber eine Politik auf solange Sicht hilft uns bitter wenig und in dem Augenblick, wo der Henkersknecht der Entente, der sogenannte Reparationsausschuß, sich rüstet, mit dem 1. Mai uns die Daumenschrauben und andere Erfindungen mittelalterlicher Dortur ins Wirtschaftliche übersetzt, anzulegen.

Vielleicht hat Herr Simons die Tendenz von Hardings Botschaft gekannt, als er in seinem „Matin"-Interview die neuen deutschen Vorschläge ankündigte. Vielleicht hat er geglaubt, weil ihm hier jede Rückenstütze genommen wurde, nun doch der Entente entgegenkommen zu müssen. Wir sagen ausdrücklich: vielleicht, denn was Herr Simons im Auge hat, das kann außer ihm selbst zur Stunde noch niemand sagen. Er hat in Berlin auch bei seinen engeren Kabinettsmitgliedern keinen freundlichen Empfang gefunden, hat sie auch von der Richtigkeit seiner Taktik bisher nicht zu überzeugen vermocht, weil er bestimmte Pläne noch nicht vorlegen konnte. Er will seine Vorschläge in den nächsten Tagen ausarbeiten und sie dann um den 20. April herum unseren Gegnern unterbreiten. Wenn es ihm gelingt, durch das Angebot wirtschaftlicher Zusammenarbeit beim Wiederaufbau Nordfrankreichs und durch eine tragbare Umgestaltung des „Besserungsscheins", der die Entente an dem Aufleben unseres Wirtschaftslebens interessiert, eine andere Grundlage für neue Verhandlungen zu gewinnen, so wird er bei diesem Versuch sicherlich nirgends Widerstand finden. Wenn er aber ernsthaft daran denken sollte, seine Politik von London umzubiegen und das Experiment der „verdorrten Hand" zu wiederholen, dann, das muß heute schon ausgesprochen werden, bewegen wir uns zwangsläufig nicht nur einer außenpolitischen, sondern auch einer innerpolitischen Krisis entgegen. Herr Simons ist durch sein letztes Angebot schwer belastet. Wenn er nicht mit ganz frischen Gedanken kommt, bleibt ihm nichts übrig, als sich noch mehr den Pariser Vorschlägen zu nähern und dafür findet er im Rahmen der gegenwärtigen Reichsre-

gierung keine Einstimmigkeit. Laufen seine Absichten in dieser Richtung, dann werden sie auf den Bestand der Koalitionsregierung als Sprengpulver wirken und mit oder ohne Lösung der preußischen Krisis eine gewaltsame Umorientierung der Reichspolitik nach links erzwingen.

Wie nahe diese Möglichkeit bereits liegt, ergibt sich daraus, daß das Berliner Zentrumsblatt „Die Germania" in denkbar auffälligem Druck in einem Leitartikel unter der Ueberschrift „Die Zeit drängt". nachrechnet, daß wir gerade noch siebzehn Tage Zeit haben bis zum 1. Mai und daß möglichst schleunigst etwas geschehen müsse, wobei sie auch anspielt auf die Notwendigkeit, sogar Personalveränderungen in der Reichsregierung vorzunehmen. Man sieht daraus: Herr Erzberger mischt eifrig die Karten und arbeitet zielbewußt darauf hin, die Deutsche Volkspartei aus der Regierung hinauszudrängen, um dafür mit den Sozialdemokraten, vielleicht sogar mit den Unabhängigen eine neue Regierung zu bilden, die der Entente alles zu versprechen bereit ist.

Der Antrag Knox dem Senat vorgelegt.

Washington, 14. April. Knox legte im Senat seine Entschließung vor, durch die der Kriegszustand mit Deutschland und Oesterreich für beendet erklärt werden soll. Die Entschließung, die dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten überwiesen wurde, behält den Vereinigten Staaten ihre Rechte aus dem Versailler Vertrage vor.

Chicago Tribune stellt in einem Kabeltelegramm aus Washington fest, daß der berühmte Abschnitt fünf der Resolution Knox, in dem seiner Zeit der Senator vorschlug, daß Amerika im Falle einer neuen Bedrohung des Weltfriedens genau so handeln würde, wie im letzten Kriege, auf das Ersuchen des Präsidenten Harding der Resolution nicht mehr angehängt wurde.

Stephane Lauzanne kabelt dem Matin aus Newyork, die Prozedur, die hinsichtlich der Resolution Knox verfolgt werde, sei die Folgende: Der Senat werde die Resolution annehmen, vielleicht motivierend oder mit Amendements versehen, aber die Abstimmung hätte nur indikativen Wert. Der Verwaltung fiele dann die Aufgabe zu, den Friedensvertrag mit Deutschland zu redigieren und darüber zu verhandeln. Man werde sich bemühen, Teile des Versailler Vertrages aufrechtzuerhalten, die den Wünschen Amerikas entsprechen, aber man werde die beseitigen, denen man nicht zustimmen könne; namentlich die Klauseln über das internationale Arbeitsamt, über Schantung, alle Grenzfestsetzungen in Mitteleuropa, über Danzig und das Saargebiet, sowie alle Klauseln über den Völkerbund. Lauzanne meint, vielleicht könnte die Klausel über die Reparation bestehen bleiben.

Nach einer Meldung aus Washington, die der Oeuvre verbreitet, besteht die Resolution Knox nur aus einer einfachen Erklärung des Friedenszustandes. Der zweite Teil des ehemaligen Textes, in dem über die während des Krieges erlassenen Gesetze gesprochen wird, ist aufgehoben worden. Der andere Teil der Resolution, der vom Präsidenten die sofortige Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland und Oesterreich verlangt, ist ebenfalls gestrichen worden; denn es sei nicht mehr nötig, dem Präsidenten Direktiven zu geben. Die Resolution sei auch bereits gestern vom Senat der Kommission für auswärtige Angelegenheiten überwiesen worden.

Amerikas Kampf um die Mandate

w. **London, 14. April.** Die von den Blättern veröffentlichte Note der Vereinigten Staaten vom 4. 4. an die Mächte mit Bezug auf die Insel Yap und die Mandate im allgemeinen ist an den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten gerichtet und vom Geschäftsträger der amerikanischen Botschaft in London Butler unterzeichnet. Es heißt darin wie folgt:

Mit Bezug auf den Status der Insel Yap, der bereits Gegenstand eines Schriftwechsels zwischen unseren Regierungen gewesen ist, habe ich die Ehre, Eure Lordschaft in folgender Weise gemäß telegraphischer Anweisung von seiten meiner Regierung zu unterrichten: Mit Bezug auf das Japan übertragene Mandat über die nördlich des Aequators liegenden deutschen Besitzungen im Stillen Ozean, das besagt, es sei in seinen Bedingungen vom Völkerbundsrat bestätigt und festgelegt worden, hält es meine Regierung für angemessen, die fundamentalen Grundsätze ihrer Vorstellungen und die Grundsätze, die ihrer Ansicht nach bestimmend sind, darzulegen. Es wird nicht bestritten werden, daß das Recht, über überseeische Besitzungen Deutschlands zu verfügen, erworben wurde nur durch den Sieg der alliierten und assoziierten Mächte. Wahrscheinlich wird keine Neigung aufseiten der britischen Regierung vorhanden sein, die Teilnahme der Vereinigten Staaten an diesem Siege in Abrede zu stellen.

w. **Paris, 14. April.** Nach einer Havasmeldung aus Washington hat Senator Borah im Senat eine Resolution eingebracht, durch die Präsident Harding ermächtigt wird, Verhandlungen mit England und Japan über eine Herabsetzung der maritimen Rüstungen anzubahnen.

Die Times meldet aus Washington, der Charakter der amerikanischen Beziehungen zu Europa werde durch die Natur der europäischen Antworten auf die Yap-Note bestimmt werden. Wenn die Antworten eine Annahme des darin enthaltenen Grundsatzes bedeuteten und die Bereitschaft ausdrückten, ihn auf die Yap- und andere Fragen angewandt zu sehen, dann werde Amerika mit den Alliierten bei der Anwendung des Friedensvertrages mitwirken, dann werde es bereit sein, an den Arbeiten der Reparationskommission teilzunehmen und dann werde es geneigt sein, die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas zu erwägen. Wenn jedoch die Antworten ungünstig ausfallen sollten, dann werde Amerika eine Politik der unabhängigen Aktion betreiben, deren Ergebnisse nicht abzusehen seien. Der Timesberichterstatter sagt hierzu, weder Harding noch seine Ratgeber hätten irgend einen Zweifel daran, daß die Alliierten den Standpunkt Amerikas annehmen werden. Die Kommission unter dem Vorsitz Roots werde dann vielleicht schon in einem Monat ihre Reise nach Europa antreten, um die Frage der Teilnahme Amerikas an Problemen, die ohne die Vereinigten Staaten unlösbar seien, zu prüfen.

Oesterreichs Anschlußwille.

Unter dem Druck der wirtschaftlichen Lage sowohl, wie der anschwellenden Anschlußbewegung hat die Entente sich genötigt gesehen, mit ihrer schon so oft versprochenen Hilfe für das zerschlagene und ausgeplünderte Oesterreich Ernst zu machen. Der Bundeskanzler Dr. Mayer wurde nach London berufen, und man vereinbarte dort die Grundzüge eines Wirtschaftsprogramms, wonach Oesterreich gegen Verpfändung gewisser Einnahmen ein Kredit eingeräumt werden soll, der an dem Maßstab der heutigen Verhältnisse gemessen, nicht gerade erschütternd genannt werden kann. Das war aber auch alles; Herr Mayer kam aus London zurück, und es blieb alles, wie es war — in den Kassen herrscht bedrohliche Ebbe, die große Teuerung geht weiter, und die Krone kann nicht steigen, weil die versprochene Hilfe immer noch auf dem Papier ist. Ein Sprichwort heißt zwar, doppelt gibt, wer schnell gibt, jedoch in den Sprachen der Entente scheint dieses Sprichwort nicht zu existieren. Die Ententegeldgeber rühren sich nicht, einerseits, weil ihre eigene Kasse knapp ist, andererseits aber auch, weil ihnen das Geschäft mit dem bankerotten Oesterreich nicht verlockend genug erscheint. Was für Sicherheiten kann denn auch dieser Staat noch bieten? Die Menschen aber müssen leben und arbeiten, und je länger die Entente mit der versprochenen Hilfe zaudert, um so stärker wird der Drang, der schon aus dem natürlichen Selbsterhaltungstrieb heraus zu einer rettenden Tat treibt, zu einer entschlossenen Lösung des gordischen Knotens. So hat denn neuerdings die österreichische Sozialdemokratie im Nationalrat die parteiamtliche Erklärung abgegeben, sie erblicke keinen anderen Ausweg aus dem Elend als den Anschluß an Deutschland. Es gebe ja überhaupt nur zwei Wege, entweder die Kredithilfe der Entente oder den Anschluß, aber die österreichische Sozialdemokratie sei nicht geneigt, das Recht auf die Vereinigung mit dem deutschen Volk um ein Linsengericht preiszugeben. Und viel mehr als ein Linsengericht bedeutet die Ententehilfe ja unter keinen Umständen. Man wird nun sehen, ob die österreichische Ungeduld die Finanzgrößen der Entente aus ihrer Seelenruhe aufschreckt. Denn unzweifelhaft ist ja den allermeisten Ententepolitikern der Anschlußgedanke und das österreichische Drängen danach höchst unsympathisch. Aber wenn es auch vorübergehend, unter dem unerbittlichen Zwang der Not gelingen kann, die Vereinigung des ganzen deutschen Volkes in Mitteleuropa zu hintertreiben — totschlagen kann man die Bewegung nie und nimmer. Ihre Erfüllung ist nur eine Frage der Zeit und Umstände.

Hermann Stegemann politischer Redakteur an Stegerwalds Zeitung.

—* **Berlin, 13. April.** Der bekannte Militärschriftsteller Hermann Stegemann, der erst kürzlich zum Doktor honoris causa promovierte, hat die Leitung des Ressorts der inneren Politik an dem neuen Stegerwaldschen Organ „Der Deutsche" übernommen.

Ein Dankschreiben der holländischen Königin an Ebert.

Wtb. **Berlin, 13. April.** Auf das Dankschreiben des Reichspräsidenten an die Königin von Niederland für die Wahrnehmung der deutschen Interessen während des Krieges ist folgende Antwort eingegangen:

Herr Präsident! In Ihrem Briefe vom 2. Februar d. J. haben Sie die Güte gehabt, mir die dankbare Gesinnung der deutschen Regierung dafür auszudrücken, daß sich das Königreich der Niederlande während des Krieges in verschiedenen Ländern der deutschen Interessen annahm, und daß die Behörden Niederlands und ihre Vertreter im Ausland trotz der Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, in der Lage gewesen sind, zum Schutz dieser Interessen beizutragen. Sie sind so freundlich gewesen, hinzuzufügen, daß das deutsche Volk die Erinnerung an das wahrt, was die niederländischen Behörden und das niederländische Rote Kreuz zum Wohl der in Niederland internierten deutschen Kriegsgefangenen haben verwirklichen können. Ich danke Ihnen, Herr Präsident, für Ihren gütigen Brief. Es ist mir eine besondere Genugtuung, im gemeinsamen Bemühen mit meinem Volk zu den Werken der Menschlichkeit beitragen zu können, die Sie erwähnt haben. Ich ergreife diese Gelegenheit, um Ihnen, Herr Präsident, die Versicherungen meiner höchsten Achtung auszusprechen. Gegeben im Haag, am 5. März 1921. gez. Wilhelmina. gegengez. van Karnebeek.

Eine „Stinnes"-Berichtigung.

Die Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk schreiben uns: Die Morgenausgabe des „Vorwärts" vom 7. April 1921 brachte unter der Ueberschrift: „Stinnes" einen Artikel, in dem eine Zusammenstellung über eine Reihe der wichtigsten Wirtschaftsbetriebe innerhalb Deutschlands gegeben wird, die sich nachweislich unter der Kontrolle von Stinnes befinden sollen. In dieser Zusammenstellung sind die „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk" genannt. Diese Behauptung widerspricht den Tatsachen. Herr Stinnes ist an den „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk" weder finanziell, noch in anderer Weise beteiligt.

Eine Besteuerung unverritzter Felder in Preußen.

Berlin, 13. April. Den preußischen Oberbergämtern ist ein Gesetzentwurf über die Besteuerung unverritzter Felder zur Begutachtung zugegangen. Der Entwurf soll demnächst den preußischen Landtag beschäftigen.

Neue Milchkuhsendung aus Amerika.

Bremen, 14. April. Wie bekannt wird, ist am Freitag der Dampfer West-Arrow mit 744 Milchkühen, die der amerikanische Südstaat Dakota Deutschland zum Geschenk gemacht hat, nach Deutschland abgegangen. Er wird in etwa vier Wochen in Bremen eintreffen.

„Für ein ungeteiltes Oberschlesien"

im Rahmen Deutschlands, betitelt sich eine kleine Broschüre, die vom Verband heimattreuer Oberschlesier (Zentrale Kattowitz) herausgegeben ist. Die Arbeit weist eingehend auf die wirtschaftliche Unteilbarkeit des Landes hin und zeigt die Schwierigkeiten, unter denen die Volksabstimmung zustande kam, und besonders den polnischen Terror, der in den Kreisen Tarnowitz, Pleß und Rybnik geübt wurde, wo die Polen bekanntlich eine Mehrheit erhielten. Obwohl die seit der Drucklegung der Broschüre eingegangenen weiteren Protokolle über den polnischen Terror noch ganze Bände füllen, gibt schon diese Auswahl ein Bild der großen Schwierigkeiten, mit denen das Deutschtum in Oberschlesien zu kämpfen hatte. Weiter legt die Broschüre ziffernmäßig dar, wie groß die Einwirkung der Reichsoberschlesier bei der Wahl war, und daß sich diese Einwirkung vornehmlich gerade in den Kreisen äußerte, die eine deutsche Mehrheit auch ohne den landsmannschaftlichen Zuzug aus dem Reiche hatten. Schließlich wird noch ziffernmäßig dargelegt, wie groß die Wahlentrechtung war die das Deutschtum traf durch die Bestimmung, daß die zugezogenen Personen erst dann das Wahlrecht hätten, wenn sie seit dem 1. Januar 1904 in Oberschlesien seßhaft waren. Insgesamt dürfte die Broschüre ein übersichtliches Bild des Volksabstimmungskampfes bieten, den Oberschlesien hinter sich hat.

Die Knebelung der deutschen Presse in Oberschlesien.

Berlin, 14. April. Gegen das Urteil des interalliierten Gerichtshofes in Beuthen, das am 5. April, wie bereits gemeldet, vier deutsche Redakteure zu Gefängnisstrafen von insgesamt 35 Tagen und 20 000 Mark Geldstrafe verurteilt, hatte der Verband der oberschlesischen Presse Protest eingelegt. Der Direktor des Justizdepartements der interalliierten Kommission hat nunmehr diesen Protest zurückgewiesen mit der Begründung, daß das Urteil von einem Justizorgan herrühre, das bei der Feststellung des Tatbestandes und der Verantwortlichkeit als unbefangener anzusehen sei, als die protestierenden Pressevertreter, und dementsprechend auch großen Glauben verdiene. Eine Revision gegen das Urteil des besonderen Gerichtshofes sei nicht zulässig.

Heimkehr deutscher Kriegsgefangener aus Rußland.

Berlin, 14. April. Die in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz Genf durch die Deutsche Fürsorgestelle Moskau durchgeführte Konzentrierung der in Ziskaukasien (Terek—Kuban—Don-Gebiet) befindlichen Kriegs- und Zivilgefangenen ist soweit vorgeschritten, daß nunmehr mit deren Heimtransport aus Noworossisk begonnen werden kann. Die Gesamtzahl beträgt schätzungsweise 15 000 Mann, darunter 2000 Reichsdeutsche. Als erstes Schiff trifft voraussichtlich der Dampfer „Wigbert" am 11. Mai in Noworossisk ein. Briefe an Gefangene, die sich in Ziskaukasien befinden, werden durch den Dampfer „Wigbert" mitbefördert und sind bis zum 22. April an die „Dienststelle der Admiralität" in Hamburg mit der Aufschrift „für Dampfer Wigbert" unter genauer Angabe der Adresse des betreffenden Gefangenen zu richten.

Ententisten gegen die „Sanktionen".

Es ist ja für uns kein Göttergeschenk, das uns aus allen Nöten befreit, aber immerhin eine ganz interessante Erscheinung, oder vielmehr ein erster bescheidener Anfang, daß sich Ententeleute, Arbeiterführer und Blätter, auch sogar schon in Frankreich, finden, die sich mit großer Schärfe gegen den Versailler Vertrag und gegen die wahnsinnigen Pariser und Londoner Beschlüsse wenden. So spottet beispielsweise Longuet in seinem Blatte „Populaire" sehr deutlich über die zweite Internationale, über den Chauvinismus der belgischen und den Nationalismus der deutschen Sozialisten, die sich den Ententeregierungen unterwerfen, und die sinnlosen Annitäten, die auf dreißig Jahresraten ausgedehnten Jahreszahlungen angenommen haben. Dem Vorwärts ist natürlich der Vorwurf des „Nationalismus" höchst peinlich und er ist darum auf den Genossen Longuet schlecht zu sprechen. Allerdings hat er ja durchaus Recht, wenn er sagt, von diesen geräuschvollen Worten sei es noch sehr lange hin bis zu einer wirklichen Tat. Aber auch die Arbeiter der Tschecho-Slowakei warnen ihre der Entente verschriebene Regierung eindringlich davor, die sogenannten „Sanktionen" mitzumachen. Das wäre, heißt es in einer bemerkenswerten tschecho-slowakischen Entschließung, gleichbedeutend mit Lahmlegung der Industrie, Gefährdung der Lebensmittelzufuhr, mit Hunger und Elend und Arbeitslosigkeit. Man sieht, wie die sinnlose Gewaltpolitik der Entente allmählich selbst die getreuesten Anbeter der Franzosen und Engländer vor den Kopf stößt.

Das Gesetz gegen die Habsburger angenommen.

w. **Wien, 14. April.** Der Verfassungsausschuß erledigte heute den sozialdemokratischen Antrag betr. ein Gesetz über die Landesverweisung der Habsburger und beschloß gemäß dem Antrag des großdeutschen Abgeordneten Franck mit 14 gegen 12 Stimmen eine Novelle zum allgemeinen Strafgesetz, wonach die Rückkehr eines durch Bundesverfassungsgesetz aus dem Gebiet der Republik Oesterreich Landesverwiesenen als Verbrechen mit schwerem Kerker von fünf Jahren bestraft wird.

Tirol, Salzburg und Steiermark stimmen über den Anschluß ab.

TU. **Wien, 14. April.** Die Stellung der Bundesregierung in der Anschlußfrage steht seit längerer Zeit fest. Die Regierung steht auf dem Standpunkt des Friedensvertrages von St. Germain. Inzwischen erklären die führenden Organe in Tirol, voran die „Innsbrucker Nachrichten", daß trotz des Kesseltreibens der in- und ausländischen Anschlußgegner die Tiroler am 24. d. M. über die Frage des Anschlusses abstimmen werden. Selbst der Hinweis darauf, daß die Bundesregierung bei ihren Verhandlungen mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes in eine schwierige Lage kommen könnte, wird Tirol nicht abhalten, am 24. April über die Anschlußfrage abzustimmen. Auch Salzburg und Steiermark werden Ende Mai über die Anschlußfrage abstimmen.

Der Generalstreik in England.

w. **London, 14. April.** Die Lokomotivführer und Heizer die eine von der nationalen Gewerkschaft der Eisenbahner unabhängige Vereinigung bilden und deren Haltung bisher zweifelhaft war, haben beschlossen, am Freitag auch ihrerseits den Ausstand zu beginnen.

London, 14. April. Lloyd George hat in einem Schreiben an die Führer der Eisenbahner und Transportarbeiter um Mitteilung der Gründe, aus denen sie ihre Entscheidung getroffen, die ihren eigenen Landsleuten so schweren Schaden zufüge.

England in Erwartung neuer deutscher Vorschläge.

w. **London, 13. April.** Das Reutersche Büro erfährt, daß keinerlei neue Vorschläge vonseiten der deutschen Regierung in der Frage der Reparationen gemacht worden sind. In maßgebenden britischen Kreisen ist man jedoch der Ansicht, daß ein neues Angebot vonseiten Deutschlands vielleicht nicht mehr lange auf sich warten lassen wird, insbesondere in anbetracht der Tatsache, daß die Zwangsmaßnahmen, die jetzt in Kraft sind, und an denen fast alle diejenigen Mächte teilnehmen, die den Friedensvertrag unterzeichnet haben, eine merkliche Wirkung auf die deutsche Industrie ausüben. Es ist ebenfalls klar, daß wichtige Teile der deutschen öffentlichen Meinung, enttäuscht in ihren Erwartungen auf Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten, und sich vor Augen haltend, daß ein weiteres Nichtausführen des Vertrages zu den ernstesten Folgen führen kann, jetzt auf irgend einen Schritt der deutschen Regierung drängen werden, die, wie dargelegt wird, seit Abbruch der Londoner Konferenz die Verantwortung für die Ergreifung der Initiative habe. Es kann für sicher angenommen werden, daß jedem verständigen neuen Angebot, das aufrichtig vorgebracht wird, um den gerechten Forderungen der Alliierten Genüge zu leisten, durchaus die Aufmerksamkeit der britischen Regierung zugewandt werden wird. Die Reutermeldung schließt: Die üblen Wirkungen, unter denen der deutsche Ausfuhrhandel leidet, dürfen nicht angesehen werden als ein absichtlicher Versuch der Alliierten, Deutschlands berechtigte Handelsbetätigung zu verhindern, sondern müssen betrachtet werden als selbstzugefügt, da es die deutsche Regierung bisher versäumt hat, irgend welche durchführbaren Vorschläge zur Lösung des Reparationsproblems als Ganzes vorzubringen.

Streik der Matrosen und Heizer in Norwegen.

w. **Christiania, 14. April.** „Socialdemokraten" teilt mit: Da die dem Reedereiverbande angehörenden Reedereien eine allgemeine Lohnherabsetzung ins Werk gesetzt haben, hat der Matrosen- und Heizerverband beschlossen, daß alle Mannschaften von Bord zu gehen haben. Darauf haben die Mannschaften der zur Abfahrt bereitliegenden Schiffe diese verlassen. Die Mannschaften der unterwegs befindlichen Schiffe werden nach ihrer Ankunft im Hafen die Schiffe verlassen. Die Küstenschiffahrt wird von diesem Streik nicht betroffen. Die herabgesetzten Löhne liegen 30—40 Kronen unter den vom Schiedsgericht vorgeschlagenen Lohnsätzen.

Kleine Nachrichten.

Halle, 14. April. Minister Oeser wurde auf Vorschlag der Demokraten und des Zentrums mit Hilfe der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen vom Provinziallandtag zum Landeshauptmann gewählt.

w. **Berlin, 14. April.** Wie die Blätter aus Wiesbaden melden, wurde vom französischen Militärgericht in Wiesbaden wegen Verbreitung von Flugblättern, die zum Generalstreik aufforderten, der Kommunistenführer Greis und fünf Genossen zu Gefängnisstrafen bis zu sechs Wochen verurteilt. Bei Haussuchungen wurden Schriften beschlagnahmt, die die Absicht der Kommunisten bekunden, das Wiesbadener französische Militärgerichtsgebäude in die Luft zu sprengen.

w. **Berlin, 14. April.** Nach einer Mitteilung des Berliner Magistrats wird infolge der fortgesetzten Steigerung fast sämtlicher Produktionsunkosten der Brotpreis erhöht werden, und zwar wird das Großbrot 5 Mk., die Schrippe 15 Pfg. und das 1000-Gramm-Krankenbrot 3 Mk. kosten.

w. **London, 14. April.** In Swansea (England) sind 45 Tonnen deutscher Spielwaren von Hamburg eingetroffen.

w. **London, 14. April.** Das Greenwicher Observatorium teilt mit, daß am 10. April der Komet Pons Winnecke wieder entdeckt worden ist. Der Komet wird am 11. Mai zehn Tage vor der Erde kreuzen. Die Gefahr eines Zusammenstoßes besteht nicht.

w **London, 14. April.** Der Times zufolge wurde Professor Einstein von der Universität Manchester

ck mit 14 gegen 12
lgemeinen Strafgesetz.
durch Bundesverfas-
r Republik Oesterreich
rechen mit schwe-
ahren bestraft wird.

eiermark stimmen
luß ab.

e Stellung der Bun-
frage steht seit län-
ung steht auf dem
rages von St. Ger-
e führenden Organe
ker Nachrichten", daß
- und ausländischen
am 24. d. M. über
mmen werden. Selbst
Bundesregierung bei
n Finanzkomitee des
erige Lage kommen
lten, am 24. April
immen. Auch Salz-
Ende Mai über die

in England.

Lokomotivfüh-
von der nationalen
nabhängige Vereini-
g bisher zweifelhaft
reitag auch ihrer-
eginnen.
George hat in einem
r Eisenbahner und
ng der Gründe, aus
getroffen. die ihren
ren Schaden zufüge.

neuer deutscher

Reutersche Büro er-
Vorschläge von-
egierung in der
t worden sind. In
ist man jedoch der
ngebot vonseiten
ehr lange auf
insbesondere in an-
wangsmaßnah-
und an denen fast
nen, die den Frie-
, eine merkliche
e Industrie aus-
wichtige Teile der
enttäuscht in ihren
schiedenheiten unter
gen haltend, daß ein
rtrages zu den ernst
t auf irgend einen
drängen werden, die,
der Londoner Kon-
die Ergreifung der
sicher angenommen
indigen neuen
gebracht wird, um
Alliierten Genüge
erksamkeit der
gewandt werden
ßt: Die üblen Wir-
sche Ausfuhrhandel
werden als ein ab-
n. Deutschlands be-
verhindern, sondern
elbstzugefügt, da es
ersäumt hat, irgend
ge zur Lösung des
s vorzubringen.

und Heizer
n.

„Socialdemokraten"
verbande angehören
eine Lohnher-
aben, hat der Ma-
schlossen, daß alle
en haben. Darauf
ur Abfahrt bereit-
Die Mannschaften
hilfe werden nach
ilfe verlassen. Die
n Streik nicht be-
hne liegen 30—40
richt vorgeschlage-

ten.

Oeser wurde auf
des Zentrums mit
isten und Unab-
g zum Landes-

Blätter aus Wies-
zösischen Militär-
reitung von Flug-
fordern, der Kom-
fünf Genossen zu
hen verurteilt.
ften beschlagnahmt,
en bekunden, das
gerichtsgebäude in

ner Mitteilung des
e der fortgesetzten
ktionsunkosten der
und zwar wird das
Pfg. und das 1000-

wansea (England)
vielwaren von

Greenwicher Obser-
April der Komet
deckt worden ist.
hn Tage vor der
es Zusammen-

nes zufolge wurde
persität Manchester

eingeladen, während seines demnächst stattfindenden Besuches in England an der Universität Vorlesungen zu halten.

Die Einheitsstenographie in Sicht.

Berlin, 13. April. Im Reichsministerium des Innern hat am Sonnabend unter Leitung des Staatssekretärs Schulz eine Sitzung von Vertretern aller größeren Kurzschriftsysteme über die Schaffung einer Einheitskurzschrift beraten. Der Verlauf der Beratung ergab ein einmütiges Bekenntnis aller Teilnehmer zum Gedanken der Einheitskurzschrift. Da aber andererseits eine sofortige Einigung auf ein bestehendes System für unmöglich erklärt wurde, einigte man sich dahin, einen aus je einem Vertreter der 11 größeren Kurzschriftschulen zusammenzusetzenden engeren Fachausschuß mit der Aufgabe zu betrauen, die sachlichen Voraussetzungen und Grundlagen für ein System einer Einheitskurzschrift zu schaffen. Gegen einen solchen Ausschuß wurden zwar von zwei Schulen, einer größeren und einer kleineren, Bedenken erhoben, da er nach ihrer Auffassung keine Ergebnisse zeitigen werde; werde er aber eingesetzt, so seien sie zur Mitarbeit bereit.

Handel und Industrie.

* **F. Küppersbusch u. Söhne, Gelsenkirchen.** Dividendenvorschlag 15 Prozent wie im Vorjahre.

Commerz- u. Privat-Bank Akt.-Gesellsch.
Filiale Bochum, Wilhelmsplatz 10.
Telefon Nr. 3572—3575. Telegr.-Adr. Hanseatic.
Wir sind unter Vorbehalt für

Kohlenwerte

Name	Käuf.	Verk.	Name	Käuf.	Verk.
Adler	37500	38000	Graf Schwerin	94'00	97000
Admiral	16500	17500	Heinrich	26500	27500
Blankenburg	15400	16300	Helene & Amalie	125000	—
Carl Friedrich	10500	11500	Johann Deimelsberg	35000	36000
Caroline	19500	20500	König Ludwig	188000	193000
Carolus Magnus	26000	27500	Langenbrahm	45000	47000
Constantin d. Gr.	20500	22500	Lothringen	—	—
Diergardt	45000	47000	Lothringen Akt.	375	880
Ewald	186000	194000	Mansfeld	4800	5000
Fr. Vogelsang Unverh.	—	—	Moers	26000	28500
Fröhl. Morgensonne	—	66000	Oespel	—	—
Glückaufsegen	25500	27500	Schürb. & Charlottb.	17000	17500
Gottessegen	21000	22000	ver. Trappe	15000	15500
Graf Bismarck	205000	215000	Wilhelmine Mevissen	31000	32000

Braunkohlenwerte

Bruckdorf-Nietleb.	37000	39000	Michel	39500	41000
Düren	—	—	Oscarssegen	4950	5100
Gute Hoffnung	21500	22000	Vesta	30500	31500
Leonhardt	41500	42500	Zukunft Akt.	410	420

Kaliwerte

Alexandershall	60000	630 00	Hindenburg	31000	32000
Asse	—	26000	Hüpstedt	16500	17000
Bergmannssegen	40000	44000	Johannashall	14500	15500
Burbach	56000	62000	Kaiseroda	—	64000
Carlsfund	—	24000	Königshall	31000	33000
Carlshall	14800	15100	Marie	14 00	17000
Desdemona	22750	23500	Marie-Luise	15000	16500
Einigkeit	26000	26800	Max	15500	16000
Ellers	12500	—	Meimershausen	3000	3100
Felsenfest	16500	170 00	Neurode	15500	—
Friedrichroda	9400	10000	Prinz Eugen	—	—
Ursulenhall	13000	14000	Ransbach	12800	13700
Hebra	8450	86 00	Rothenberg	8300	—
Glückauf-Sondersh.	62500	6400	Salzmünde	19500	20000
Gross. Wilh. Ernst	—	13500	Siegfried I	18 0	2000
Günthershall	15600	—	Thüringen	10000	10400
Hansa-Silberberg	—	26500	Volkenroda	—	35000
Heiligenroda	—	63 00	Walbeck	22000	23000
Heimboldshausen	13 00	14000	Wilhelmshall	3850	38500
Heringen	18000	19500	Wintershall	250000	—

Kali-Aktien

Adler-Stamm-Akt.	290	295	Krügershall-Akt.	870	880
Hallesche Kali-Akt.	310	320	Nonnenberg-Akt.	870	880
Heldburg-Akt.	280	290	Salzdethfurt-Akt.	—	1050
Justus-Akt.	255	260	Siegmundshall-Akt.	875	880

unnotierte Werte

BeckerStahlw.-Akt.	285	290	Eisenh. Westfalia	840	850
Benz alte Akt.	206	212	Halbach M.-Akt.	229	235
Benz, junge Akt.	194	20.	Ganz Ludwig	252	257
Brückb. Flend.-Akt.	44	45	Kabelw.-Rheydt	485	490
Deutsch. Masch-Akt	290	29.	Kh.-W. Elekt.-Akt	195	200
Dort. Ritterbrau, A.	300	310	Oerdinger Wag.-A.	410	420
Hütewerke-Akt.	250	26.	Howaldt-Werke	—	330

* **Berlin**, 14. April. An der Börse hielt sich der Verkehr in äußerst geringen Grenzen. Immerhin war die Grundstimmung als fest anzusprechen. Die Reuter-Meldung, daß England ein neues deutsches Angebot in der Reparationsfrage erwarte und dessen gründliche Prüfung zusichert, machte einen guten Eindruck. Aber trotzdem war die Kursgestaltung in Nachwirkung der schwachen Haltung der letzten Tage nicht einheitlich.

Berliner Börsenkurse.
vom 14. April 1921.

	Div.	13. 4.	14. 4.		Div.	13. 4	14. 4
Com.-u. Privatb.	9	212.—	—.—	Essener Steink.	12	391.—	388.—
Darmst. Bank	8	181.—	181.55	Gelsenk. Bergw.	11	325.1	324 50
Deutsche Bank	10	298 50	292 —	Gelsenk. Gußst.	10	385.—	389.—
Disk.-Ges.-A.	9	48 25	247 50	Hamb. Paketf.	—	189.—	186.—
Dresdner Bank	9	214.—	214 —	Harp. Bergw.	12	458.—	450 25
Ges. Cred.-Anst.	9	186,50	189.50	Lasp. Eis.- u. St.	20	—.—	956.—
Mitteld. Cred.-B	9	185.—	184.—	HumboldMasch.	—	239 75	232.—
Pr. Centr.-Bod.	8½	152.—	152,75	Höchster Farben	14	415,75	412.—
Reichsbank	8.79	146,37	145,25	Hösch. Stahlw.	24	812.	795.—
Rh.-W. Bd.-Cr.	6	121.—	121.—	Köln-Neuessen	15	520.50	519.—
Boch. Vik orin	12	340.—	—.—	Königsborn	12	760.—	755.—
Düsseldorf Langend.	12	313.—	240.—	Küppersbusch	15	421.—	420.50
Schlegel Boch.	15	—.—	330 —	Laurahütte	20	340.—	339,50
Allg. Elektr.-G.	10	287.—	284 50	Magdeb. Bergw.	25	579.50	—.—
Arenberg	15	948.—	945.—	Mannesmann	20	580.—	575.—
Bad. Anilin	18	—.—	532.1	Mark Zement	25	508.—	649.—
Baicke Masch.	20	04.—	466.—	Masch.-F. Baum	—	432.—	421.—
Baroper Walz.	0	534.75	535.—	Mülh. Bergw.	11	435.—	443.—
Bergm. Elekt.		345.—	321.—	Nordd. Loyd	—	150,12	151.75
Bismarck-Hütte	28	—.—	—.—	Oberschles. Eisenb. Bedarf	—	293.—	95.—
Boch.-Gels. Bt.	9	—.—	—.—	Orenstein-Kopp.	16	88.—	80.—
Boch. Gußstahl	15	460.—	465.—	Phönix Bergw.	20	548.75	549.—
Buderus Eisen	7½	82.—	78.—	Rh. Braunkohle	70	659.—	657.—
Concordia Berg.	22	408.50	410.—	Rh. Stahlwerk	20	50'.—	498.—
D.-Lux. Bergw.	3	310.—	306 50	Siemens-Halske	1.	8 8.—	401.—
Deutsche Erdöl	—	965.—	9.0.—	Westf. Drahtind.	5	335.—	333,75
Deutsche Kali	25	350.—	354.—	„ Eis. u. Draht.	20	380.—	378.—
Dillmann Neuh.	32	830.—	9.0.—	Wicking Zem.	25	405.—	400,25
Dürkopp	25	585.—	575.—	Wittener Gußst.	30	—	—.—
Elberf. Farben	18	449,50	445.—				

Inländische Staatsanleihen.

	13. 4.	14. 4.		13. 4.	14. 4
2% D. R.-A.	—.—	—.—	3½ % D. R.-A.	64,75	64,00
2% II. D. R.-A.	99,80	99 80	3% D. R.-Anl.	65,75	66 80
3% III	99.75	99.70	D. Sparp.-Pr. Anl	84,50	84 6.
3½ % IV.-V.	80,90	81.70	5% D. Sch. A. 1921	100.	100.
4½ % VI.-IX.	72,10	72.—	5% do. 1922	99,75	99.8.
4½ % 1924er	95,90	94.—	4% Pr. Kons.	69,75	69.20
5% D. R. Anl.	74,50	77.50	3½ % Pr. Kons.	59.—	58,75
4% D. R.-Anl.	68.40	68.50	3% Pr. Kons.	54,10	53,90

Amtliche Devisenkurse.
Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Für drahtliche Auszahlungen	13. April. Geld	13. April. Brief	14. April. Geld	14. April. Brief	Höchst. bish. G.	Münz parität
Holland 100 fl.	2152,80	2167,20	2162,20	2167.20	4190.—	168,75
Belgien 100 Fr.	456,50	427.50	461,50	462,50	736,75	81,—
Norwegen 100 Kr.	1001,95	1004,05	1000 45	1008 55	1648.	112.—
Dänemark 100 Kr.	1130,3	1132,65	1133 85	1136,15	1698.—	112,50
Schweden 100 Kr.	1477,50	1480 50	1496 —	1499.—	1998.—	112,50
Italien 100 Lir	289,70	290,30	304 35	305,35	364 40	81,50
England 1 St.	243,75	244,25	245 50	246.—	350,60	40,—
Amerika 1 D	62,18	62,27	62,98	63,12	103,65	4,48
Frankreich 100 Fr.	440,50	441,45	444 50	445 4	798.—	81,20
Schweiz 100 Fr.	1074 90	1077,10	1066,40	1068,60	1709,80	81,—
Italien 100 Pes	86.6	863 41	871,60	873,40	848.—	81,—
Dän.-Oest. 100 Kr.	18 75	18.77	18,73	18 77	— —	85,—
Ung.-Slow. 100 Kr.	86.2.	86,40	86 27½	86 47½	101,15	—.—
Tschech. 100 Kr.	24,77	22,83	24,34½	22,40½	—.—	—.—

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Die Regierungsdenkschrift über die Märzunruhen.

w. **Berlin**, 14. April. In der Denkschrift des preußischen Ministeriums des Innern über die Märzunruhen 1921 (über die wir in der vorigen Ausgabe schon kurz berichteten) heißt es u. a.:

Bereits September war in Weißensee eine Kampforganisation der K. A. P. D. aufgedeckt. Infolge des Prozesses verzichtete die Berliner K. A. P. D. von diesem Zeitpunkt ab darauf, im geplanten Umfange größere Kampfverbände zu organisieren, da sie während des Prozesses sich immer mehr davon überzeugte, daß die Behörden überall ihre Bestrebungen, insbesondere über den unter dem Deckmantel von Sportvereinen gegründeten Kampforganisationen genau unterrichtet waren. Tatsächlich traten auch bei den letzten Unruhen, obwohl es an Aufhetzungen wahrlich nicht fehlte, keine Kampforganisationen der K. A. P. D. in Erscheinung. **Im Ruhrgebiet, einem der Hauptherde der kommunistischen Bewegung, wurde im Januar nach vorhergegangenen langwierigen und schwierigen Ermittlungen zugegriffen und umfangreiche Kampforganisationen ausgehoben.** Der Zugriff rief eine solche Beunruhigung in der KAPD. hervor, daß, wie es aus den kurz hiernach erlassenen Anordnungen der Partei hervorging, zunächst jede Tätigkeit dieser illegalen Kampforganisation eingestellt wurde. Bei dem Märzaufstand, den die kommunistischen Parteien beider Richtungen zu einer Generalaktion in ganz Deutschland ausnutzen wollten, blieb das rheinisch-westfälische Industriegebiet verhältnismäßig verschont. Der von Berlin ausgegebenen Generalstreikparole und der Aufforderung zur Bewaffnung versagte das Groß der Berg- und Metallarbeiter und selbst ein nicht unerheblicher Teil der kommunistischen Arbeiterschaft im Ruhrgebiet die Gefolgschaft. Am 1. 2. konnte auch in der Provinz Sachsen, Stendal und Magdeburg zur Verhaftung der Führer der dort bestehenden Kampforganisationen geschritten werden. Auch hier wurde die Organisation durch die Verhaftung der Hauptbeteiligten empfindlich gestört. Ein weiterer empfindlicher Schlag wurde anschließend der kommunistischen Aufstandsvorbereitungen im Ruhrgebiet durch umfangreiche Festnahmen und Hausdurchsuchungen am 4. 2. in Frankfurt a. Main zugefügt. Ein von der sonst üblichen Form der Kampforganisation völlig abweichendes Bild und eine ganz andere Entwicklung der Dinge vollzog sich in Mitteldeutschland, dem Aufstandsgebiet der letzten Wochen. Hier befand sich seit jeher ein starkes kommunistisches Zentrum. Die letzten Landtagswahlen hatten bei nicht unerheblichen Stimmenthaltungen von Anhängern der K. A. P. D und der V. K. P. D. die große Stimmzahl von 204 500 gebracht. Es war der Staatsregierung bekannt, daß seit den Tagen des Kapp-Putsches eine größere Menge von Waffen und Munition in den Händen der Arbeiterbevölkerung Mitteldeutschlands verblieben. Bei den Ermittelungen zeigte es sich mehr und mehr, daß es in Mitteldeutschland zwar Kampforganisationen nach Art der im Januar im Ruhrgebiet ausgehobenen und in Frankfurt a. Main unschädlich gemachten nicht gab, daß aber in fast allen Betrieben und die in den Arbeiterkolonien dicht nebeneinander wohnenden Mitglieder der kommunistischen Partei oder der Allgemeinen Arbeiterunion Waffen besaßen und gesonnen waren, im Falle einer Erhebung die Waffen zu gebrauchen und sich zu Trupps zusammenzuschließen. Jede Aktion war hier in weit höherem Maße als anderwärts auf die Betriebsorganisation eingestellt. Gerade weil der eigentlichen Oberleitung die straffe Organisation wie im Ruhrgebiet fehlte, war es ungleich schwer, der drohenden Gefahr zu begegnen, was nur durch die Festnahme hinreichend verdächtiger Führer oder der Beschlagnahme der Waffen hätte geschehen können. Jeden verdächtigen Kommunisten zu verhaften, war unmöglich. Die Waffen waren zumeist in den Betrieben oder Schächten versteckt. Es muß betont werden, daß die Gefahr einer unmittelbar drohenden und aus sich heraus losbrechenden Aufruhrbewegung in Mitteldeutschland trotz der Hetze der Kommunisten zu keiner Zeit, auch nicht im März, anzunehmen war. Erst durch die Entsendung der Schutzpolizei nach Mitteldeutschland mit der Aufgabe, den immer mehr sich häufenden Uebergriffen und Gesetzwidrigkeiten sowie dem anwachsenden Verbrechertum unter der Arbeiterschaft entgegenzutreten, kam er ins Rollen. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen trat am 14. 3. mit dem Verlangen hervor, das Industriegebiet des Regierungsbezirks Merseburg mit Schutzpolizei zu belegen, und zwar um die Landwirtschaft gegen die zahlreichen Feldiebstähle durch organisierte und bewaffnete Banden zu schützen und um in den großen industriellen Werken die Massendiebstähle wertvoller Rohmaterialien, Grubenholz, Kupfer usw. zu verhindern. Die Werkpolizisten zeigten sich hierzu und um die Nachforschungen nach verborgenen Waffen fortzusetzen außer Stande. Es folgt sodann in der Denkschrift die eingehende Darstellung des Aufstandes und seiner Bekämpfung. Der kommunistisch verhetzte Teil der Arbeiterschaft sah in dieser Belegung des Industriegebietes mit der Schutzpolizei einen willkommenen Anlaß zum Streik und Aufruhr. Seit Monaten von skrupellosen Hetzern bearbeitet, war der Boden für Aufruhr günstig vorbereitet. Die Spannung war, wie es sich jetzt zeigte, derartig, daß ein geringfügiger Anlaß die Entladung auslöste.

Schließlich heißt es noch: Die Aufstandsbewegung in Mitteldeutschland bewies klar und deutlich, daß der Staat starker und zuverlässiger Machtmittel bedarf, um Ruhe, Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten. Besonders klar trat zu Tage, daß neben dem auf 100 000 Mann beschränkten Reichsheer starke und gut organisierte Polizeikräfte unbedingt notwendig waren. Da die Führer der verbrecherischen Elemente die Aufruhrversuche sobald nicht aufgeben werden, sei es Gebot der Selbsterhaltung, der Entente gegenüber die Notwendigkeit einer starken Polizei, die nach ihrem Aufbau, Gliederung und Bewaffnung den ihr heute zufallenden Aufgaben voll gewachsen ist, immer wieder zu betonen.

Verhaftungen durch die Franzosen in Duisburg.

w. **Duisburg**, 14. April. Heute nachmittag hat die französische Besatzungsbehörde den 1. Beigeordneten Regierungsrat Dr. Matweg und den Polizeiinspektor Klein ohne Angabe von Gründen verhaftet und ins Gerichtsgefängnis abgeführt.

Die Kabinettsberatungen über die Lage.

bb. **Berlin**, 14. April. Die Germania veröffentlicht eine Mitteilung, in der es heißt: Der Vermittlungsversuch, der seitens einer neutralen Macht unternommen worden ist, um den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Harding, für ein Eingreifen zur Anbahnung neuer Verhandlungen zwischen der Entente und Deutschland zu bestimmen, hat, wie wir zuverlässig hören, sowohl Dienstag wie auch Mittwoch das Kabinett eingehend beschäftigt. Es steht fest, daß im Kabinett die Auffassung vorherrscht, daß die angebotene Vermittlung nicht zurückgewiesen werden darf. Wie das Tageblatt dazu bemerkt, handele es sich vorläufig um eine Fühlungnahme mit den außerhalb des Reiches stehenden neutralen Persönlichkeiten, die sich bereit gezeigt haben, eine Vermittlung herbeizuführen. Diese Fühlungnahme habe bereits vor einiger Zeit begonnen. Die Germania schreibt heute abend in einem Leitartikel: Unsere Nachrichten lauten erfreulicherweise dahin, daß im Reichskabinett mindestens der Wille zum Ausdruck gekommen ist, **die deutsche Politik müsse spätestens bis Ende dieser Woche aktiv werden.**

w. **Berlin**, 15. April. Die Germania hat gestern in ihrer Nummer 181 eine Mitteilung über den Inhalt der Ministerberatungen vom 13. und 13. d. M. gebracht, die den Tatsachen nicht entspricht. Die Ministerberatungen waren geheim und es sind keinerlei Informationen darüber erteilt worden. Die Nachricht der Germania beruht daher auf Kombinationen.

Meldungen an die Reichs-Rücklieferungs-Kommission.

w. **Berlin**, 14. April. Auf Grund der Verordnung vom 6. April 1921 zur Durchführung des Artikels 238 des Friedensvertrages ist zur Meldung an die Reichsrücklieferungskommission in Berlin W. 9, Potsdamerstraße 10/11, verpflichtet, wer Gegenstände inne hat, welche in den von den Truppen der Zentralmächte besetzt gewesenen Gebieten Frankreichs, Belgiens, Polens, Rumäniens, Serbiens und Italiens während der Besetzung der Berechtigten durch behördlichen Zwang entzogen oder rechtswidrig fortgenommen oder gefunden wurden. Zur Meldung verpflichtet ist auch der, wer derartige Gegenstände inne gehabt, sie anderen überlassen, zerstört oder ins Ausland brachte. Für Gegenstände, die durch kriegswirtschaftliche Organisationen verteilt wurden, bedarf es vorerst einer solchen Meldung nicht. Ebenso ist für Gegenstände, die bereits auf Grund der Verordnung über die Rückgabe der aus Frankreich und Belgien entfernten Maschinen vom 28. 3. 1919 oder der Bekanntmachung aus den von den deutschen Truppen besetzt gewesenen Gebiete stammen, keine neue Meldung zu erstatten. Meldevordrucke sind bei der Meldestelle der Rücklieferungskommission in der Stadt, Gemeinde oder Kreisbehörden zu beziehen.

Der Reichsetat für 1920.

TU. **Berlin**, 15. April. Der Reichsrat genehmigte den Nachtragsetat für 1920, der, wie der Berichterstatter, Ministerialrat Sachs, hervorhob, im wesentlichen nur die neue Staffelung der Beamten entsprechend dem Gesetz vom Dezember 1920 enthält. Der Etat für 1920, der bisher im ordentlichen Etat mit 39,9 Milliarden und im außerordentlichen Etat mit 69,6 Milliarden abschloß, erfährt durch den Nachtragsetat eine Erhöhung im ordentlichen Etat auf 44,5 Milliarden, und im außerordentlichen Etat auf 89,6 Milliarden; insgesamt erreicht der Etat 1920 die Summe von 134 Milliarden gegenüber 3,4 Milliarden im Jahre 1914. Die Erhöhung beträgt das 45fache.

Zum Tode der Kaiserin.

D. **Berlin**, 15. April. Der Minister des königlichen Hauses, Graf Eulenburg, hat heute an alle Teilnehmer an der Beisetzung die Hofansagen für die Trauerfestlichkeiten am kommenden Dienstag ergehen lassen. Nach der in der Nacht von Montag zu Dienstag erfolgten Ankunft des Hofzuges mit den sterblichen Ueberresten der Kaiserin, übernehmen ehemalige Offiziere der beiden früheren Leibregimenter die Ehrenwache am Sarge, der über Nacht in der Bahnhofhalle verbleibt. Am Dienstag morgen 9 Uhr versammeln sich die Prinzen und Prinzessinnen am Sarge zu einem kurzen Gottesdienst. Um 9½ Uhr setzt sich der Trauerzug in Bewegung. Er wird eröffnet von der Geistlichkeit unter Vorantritt des Hofpredigers D. v. Dryander. An diese schließen sich Abordnungen ehemaliger Offiziere an, denen der Leichenwagen folgt. Seine vier Pferde werden geführt von Angehörigen des ehemaligen Kürassierregiments „Königin", die Zipfel des den Wagen bedeckenden Leichentuchs tragen vier Ritter des Schwarzen Adlerordens. Zu beiden Seiten des Leichenwagens schreiten die ehemaligen Generale und Flügeladjutanten. Dann folgen die Prinzen und Prinzessinnen und die übrigen Fürstlichkeiten. An diese schließen sich die Ritter vom Schwarzen Adlerorden an, dann das ehemalige Gefolge der Kaiserin, die Kammerherren und Würdenträger. Den Schluß des Zuges bilden die ehemaligen Beamten der Hofhaltung. Voraussichtlich findet im Anschluß an den Trauergottesdienst im Schloß Cecilienhof ein Empfang der Trauergäste und der Deputationen durch die Kronprinzessin statt.

w. **Amsterdam**, 14. April. Wie die Niederländische Telegraphenagentur Arnheim meldet, wird der Trauerzug der verewigten Kaiserin Montag morgen 8,40 Uhr in Arnheim eintreffen und gegen 9 Uhr nach der Grenzstation Zevenaar abfahren

w. **Madrid**, 15. April. Das Amtsblatt veröffentlicht einen Erlaß, welcher anläßlich des Ablebens der deutschen Kaiserin eine 21tägige Hoftrauer anordnet.

Weitere Feierschichten auf den Saargruben.

w. **Saarbrücken**, 14. April. Auf Anordnung der französischen Grubenverwaltung wird am 16. und 18. April auf den Saargruben der Betrieb ruhen. Es sind das die 13. bezw. 14. Feierschicht auf den Saargruben in diesem Jahr.

Großer Waldbrand bei Hindenburg.

w. **Hindenburg**, 14. April. **Seit heute mittag wütet in den Fürstlich Donnersmarckschen und fiskalischen Forsten zwischen Hindenburg und Makosau ein großer Waldbrand**, der bei dem herrschenden Süd-West-Wind einen solchen Umfang annahm, daß, wie der Oberschlesische Wanderer meldet, große unübersehbare Waldbestände dem Brande zum Opfer gefallen sind. Sämtliche Orts-, Werks- und Grubenfeuerwehren des Kreises Hindenburg sowie die französische Besatzung aus Hindenburg befinden sich an der Brandstelle, um ein weiteres Umsichgreifen des Brandes zu verhüten. In der Hauptsache ist die Tätigkeit der Feuerwehren auf die Erhaltung der in der unmittelbaren Nähe der Brandstelle befindlichen Gruben, des Delbrückschachtes und der Guidos-Grube, beschränkt, da zurzeit bei dem furchtbaren Qualm dem Feuer nicht beizukommen ist. Wie verlautet, sollen infolge des Qualmes **mehrere Feuerwehrleute und zwei Kinder erstickt** sein. Der Schaden beziffert sich schon jetzt auf mehrere Millionen Mark.

Die Teilnahme der Tschecho-Slowakei an den Sanktionen.

D. **Breslau**, 15. April. Die Breslauer Ztg. veröffentlicht einen Bericht, nach dem die Tschecho-Slowakei sich sowohl politisch wie auch militärisch an den Sanktionen gegen Deutschland beteiligen wird. Die Vorbereitungen der Tschechoslowakei gegen Deutschland sind schon in vollem Gange. An der Spitze steht der französische General Mittelhäuser, dessen Truppen an der Grenze bereit zum Losschlagen stehen. **Zwei Vorstöße sollen unternommen werden: einer gegen die Mainlinie, wo man gemeinsam mit den Franzosen die Abriegelung Norddeutschlands von Süddeutschland durchführen will, und die andere gegen Glatz in Oberschlesien. Es scheint die Absicht zu bestehen, daß die Tschechoslowakei bei der Besetzung Oberschlesiens den Polen zuvorkommen will. Jedenfalls ist die Lage sehr ernst.**

Die französische Vergewaltigungspolitik gegen Oesterreich.

D. **Wien**, 15. April. Der französische General Lefevre gab gestern dem Bundeskanzler die Erklärung ab: Falls die österreichische Regierung nicht im Stande ist die gegenwärtig auf den Anschluß an Deutschland hinzielenden Umtriebe wirkungslos zu machen, so wird die französische Regierung die Hilfsaktion für Oesterreich einstellen, und die Reparationskommission wird in ihren Befugnissen vollständig wiederhergestellt werden. Die Vertreter der englischen und der italienischen Regierung schlossen sich dieser Erklärung an.

Lloyd George leugnet ein Abkommen mit Frankreich über Sanktionen.

w. **London**, 14. April. **Lloyd George teilte im Unterhause mit, daß kein Abkommen mit Frankreich über Sanktionen getroffen worden sei für den Fall, daß Deutschland bis zum 1. Mai seine Verpflichtungen nicht erfüllen sollte.**

Der Streik in England.

D. **London**, 14. April. Die Blätter setzten heute neue Hoffnungen auf die Konferenz der politischen Ausschüsse der Arbeiterschaft. Die Transportarbeiter versichern, daß sie Maßnahmen getroffen haben, daß Frauen und Kinder keinen Schaden leiden.

w. **Trier**, 14. April. Am 3. April 1920 hatte der Hausierer Josef Weinand beim Schmuggeln eines Zentners Tabak über die belgische Grenze im Kampfe mit einem Polizeiwachtmeister auf diesen drei Schüsse abgegeben, ohne ihn zu treffen. Das Schwurgericht Trier verurteilte ihn wegen versuchten Totschlags zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus.

w. **Freiburg**, 14. April. Der frühere Gouverneur von Deutsch-Südwest-Afrika, Generalmajor Theodor Leutwein, ist in der vergangenen Nacht im 72. Lebensjahre gestorben.

D. **Halle**, 15. April. **Die während der kommunistischen Unruhen verursachten Schäden betragen nach Feststellungen des Oberpräsidiums über 9 Milliarden Mark an Gebäuden, Material und Bargeld.**

TU. **Konstanz**, 15. April. Der Konstanzer Volkswille veröffentlicht eine Liste derjenigen Personen, die beim letzten Kommunisten-Putsch sofort verhaftet oder unschädlich gemacht werden sollten. Auf der Liste stehen die drei Bürgermeister, Stadträte und Stadtverordnete aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, die Geistlichen, Redakteure der Konstanzer Zeitungen, und als Geiseln sollten ebenfalls die Bürgermeister, Stadträte, die Verleger der Zeitungen, die beiden badischen Landtagsabgeordneten und andere festgenommen werden. Eisenbahn, Post, Bezirksamt, Rathaus und Banken sollten besetzt werden.

Verantwortlich: Für Politik i. V., Feuilleton und Sport W. Lindner; für Lokales, Handel und letzte Nachrichten Th. Rossen; für „Feierstunden" und den übrigen Textteil Julie Schwinck, für Inserate und Reklamen Eugen Wolff, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

gierung keine Einstimmigkeit. Laufen seine Absichten in dieser Richtung, dann werden sie auf den Bestand der Koalitionsregierung als Sprengpulver wirken und mit oder ohne Lösung der preußischen Krisis eine gewaltsame Umorientierung der Reichspolitik nach links erzwingen.

Wie nahe diese Möglichkeit bereits liegt, ergibt sich daraus, daß das Berliner Zentrumsblatt „Die Germania" in denkbar auffälligem Druck in einem Leitartikel unter der Ueberschrift „Die Zeit drängt". nachrechnet, daß wir gerade noch siebzehn Tage Zeit haben bis zum 1. Mai und daß möglichst schleunigst etwas geschehen müsse, wobei sie auch anspielt auf die Notwendigkeit, sogar Personalveränderungen in der Reichsregierung vorzunehmen. Man sieht daraus: Herr Erzberger mischt eifrig die Karten und arbeitet zielbewußt darauf hin, die Deutsche Volkspartei aus der Regierung hinauszudrängen, um dafür mit den Sozialdemokraten, vielleicht sogar mit den Unabhängigen eine neue Regierung zu bilden, die der Entente alles zu versprechen bereit ist.

Der Antrag Knox dem Senat vorgelegt.

Washington, 14. April. Knox legte im Senat seine Entschließung vor, durch die der Kriegszustand mit Deutschland und Oesterreich für beendet erklärt werden soll. Die Entschließung, die dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten überwiesen wurde, behält den Vereinigten Staaten ihre Rechte aus dem Versailler Vertrage vor.

Chicago Tribune stellt in einem Kabeltelegramm aus Washington fest, daß der berühmte Abschnitt fünf der Resolution Knox, in dem seiner Zeit der Senator vorschlug, daß Amerika im Falle einer neuen Bedrohung des Weltfriedens genau so handeln würde, wie im letzten Kriege, auf das Ersuchen des Präsidenten Harding der Resolution nicht mehr angehängt wurde.

Stephane Lauzanne kabelt dem Matin aus Newyork, die Prozedur, die hinsichtlich der Resolution Knox verfolgt werde, sei die Folgende: Der Senat werde die Resolution annehmen, vielleicht motivierend oder mit Amendements versehen, aber die Abstimmung hätte nur indikativen Wert. Der Verwaltung fiele dann die Aufgabe zu, den Friedensvertrag mit Deutschland zu redigieren und darüber zu verhandeln. Man werde sich bemühen, Teile des Versailler Vertrages aufrechtzuerhalten, die den Wünschen Amerikas entsprechen, aber man werde die beseitigen, denen man nicht zustimmen könne; namentlich die Klauseln über das internationale Arbeitsamt, über Schantung, alle Grenzfestsetzungen in Mitteleuropa, über Danzig und das Saargebiet, sowie alle Klauseln über den Völkerbund. Lauzanne meint, vielleicht könne die Klausel über die Reparation bestehen bleiben.

Nach einer Meldung aus Washington, die der Oeuvre verbreitet, besteht die Resolution Knox nur aus einer einfachen Erklärung des Friedenszustandes. Der zweite Teil des ehemaligen Textes, in dem über die während des Krieges erlassenen Gesetze gesprochen wird, ist aufgehoben worden. Der andere Teil der Resolution, der vom Präsidenten die sofortige Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland und Oesterreich verlangt, ist ebenfalls gestrichen worden; denn es sei nicht mehr nötig, dem Präsidenten Direktiven zu geben. Die Resolution sei auch bereits gestern vom Senat der Kommission für auswärtige Angelegenheiten überwiesen worden.

Amerikas Kampf um die Mandate

w. London, 14. April. Die von den Blättern veröffentlichte Note der Vereinigten Staaten vom 4. 4. an die Mächte mit Bezug auf die Insel Yap und die Mandate im allgemeinen ist an den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten gerichtet und vom Geschäftsträger der amerikanischen Botschaft in London Butler unterzeichnet. Es heißt darin wie folgt:

Mit Bezug auf den Status der Insel Yap, der bereits Gegenstand eines Schriftwechsels zwischen unseren Regierungen gewesen ist, habe ich die Ehre, Eure Lordschaft in folgender Weise gemäß telegraphischer Anweisung von seiten meiner Regierung zu unterrichten: Mit Bezug auf das Japan übertragene Mandat über die nördlich des Aequators liegenden deutschen Besitzungen im Stillen Ozean, das besagt, es sei in seinen Bedingungen vom Völkerbundsrat bestätigt und festgelegt worden, hält es meine Regierung für angemessen, die fundamentalen Grundsätze ihrer Vorstellungen und die Grundsätze, die ihrer Ansicht nach bestimmend sind, darzulegen. Es wird nicht bestritten werden, daß das Recht, über überseeische Besitzungen Deutschlands zu verfügen, erworben wurde nur durch den Sieg der alliierten und assoziierten Mächte. Wahrscheinlich wird keine Neigung aufseiten der britischen Regierung vorhanden sein, die Teilnahme der Vereinigten Staaten an diesem Siege in Abrede zu stellen.

w. Paris, 14. April. Nach einer Havasmeldung aus Washington hat Senator Borah im Senat eine Resolution eingebracht, durch die Präsident Harding ermächtigt wird, Verhandlungen mit England und Japan über eine Herabsetzung der maritimen Rüstungen anzubahnen.

Die Times meldet aus Washington, der Charakter der amerikanischen Beziehungen zu Europa werde durch die Natur der europäischen Antworten auf die Yap-Note bestimmt werden. Wenn die Antworten eine Annahme des darin enthaltenen Grundsatzes bedeuteten und die Bereitschaft ausdrückten, ihn auf die Yap- und andere Fragen angewandt zu sehen, dann werde Amerika mit den Alliierten bei der Anwendung des Friedensvertrages mitwirken, dann werde es bereit sein, an den Arbeiten der Reparationskommission teilzunehmen und dann werde es geneigt sein, die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas zu erwägen. Wenn jedoch die Antworten ungünstig ausfallen sollten, dann werde Amerika eine Politik der unabhängigen Aktion betreiben, deren Ergebnisse nicht abzusehen seien. Der Timesberichterstatter sagt hierzu, weder Harding noch seine Ratgeber hätten irgend einen Zweifel daran, daß die Alliierten den Standpunkt Amerikas annehmen werden. Die Kommission unter dem Vorsitz Roots werde dann vielleicht schon in einem Monat ihre Reise nach Europa antreten, um die Frage der Teilnahme Amerikas an Problemen, die ohne die Vereinigten Staaten unlösbar seien, zu prüfen.

Oesterreichs Anschlußwille.

Unter dem Druck der wirtschaftlichen Lage sowohl, wie der anschwellenden Anschlußbewegung hat die Entente sich genötigt gesehen, mit ihrer schon so oft versprochenen Hilfe für das zerschlagene und ausgeplünderte Oesterreich Ernst zu machen. Der Bundeskanzler Dr. Mayer wurde nach London berufen, und man vereinbarte dort die Grundzüge eines Wirtschaftsprogramms, wonach Oesterreich gegen Verpfändung gewisser Einnahmen ein Kredit eingeräumt werden soll, der an dem Maßstab der heutigen Verhältnisse gemessen, nicht gerade erschütternd genannt werden kann. Das war aber auch alles; Herr Mayer kam aus London zurück, und es blieb alles, wie es war — in den Kassen herrscht bedrohliche Ebbe, die große Teuerung geht weiter, und die Krone kann nicht steigen, weil die versprochene Hilfe immer noch auf dem Papier ist. Ein Sprichwort heißt zwar, doppelt gibt, wer schnell gibt, jedoch in den Sprachen der Entente scheint dieses Sprichwort nicht zu existieren. Die Ententegeldgeber rühren sich nicht, einerseits, weil ihre eigene Kasse knapp ist, andererseits aber auch, weil ihnen das Geschäft mit dem bankerotten Oesterreich nicht verlockend genug erscheint. Was für Sicherheiten kann denn auch dieser Staat noch bieten? Die Menschen aber müssen leben und arbeiten, und je länger die Entente mit der versprochenen Hilfe zaudert, um so stärker wird der Drang, der schon aus dem natürlichen Selbsterhaltungstrieb heraus zu einer rettenden Tat treibt, zu einer entschlossenen Lösung des gordischen Knotens. So hat denn neuerdings die österreichische Sozialdemokratie im Nationalrat die parteiamtliche Erklärung abgegeben, sie erblicke keinen anderen Ausweg aus dem Elend als den Anschluß an Deutschland. Es gebe ja überhaupt nur zwei Wege, entweder die Kredithilfe der Entente oder den Anschluß, aber die österreichische Sozialdemokratie sei nicht gesonnen, das Recht auf die Vereinigung mit dem deutschen Volk um ein Linsengericht preiszugeben. Und viel mehr als ein Linsengericht bedeutet die Ententehilfe ja unter keinen Umständen. Man wird nun sehen, ob die österreichische Ungeduld die Finanzgrößen der Entente aus ihrer Seelenruhe aufschreckt. Denn unzweifelhaft ist ja den allermeisten Ententepolitikern der Anschlußgedanke und das österreichische Drängen danach höchst unsympathisch. Aber wenn es auch vorübergehend, unter dem unerbittlichen Zwang der Not gelingen kann, die Vereinigung des ganzen deutschen Volkes in Mitteleuropa zu hintertreiben — totschlagen kann man die Bewegung nie und nimmer. Ihre Erfüllung ist nur eine Frage der Zeit und Umstände.

Hermann Stegemann politischer Redakteur an Stegerwalds Zeitung.

—* **Berlin, 13. April.** Der bekannte Militärschriftsteller Hermann Stegemann, der erst kürzlich zum Doktor honoris causa promovierte, hat die Leitung des Ressorts der inneren Politik an dem neuen Stegerwaldschen Organ „Der Deutsche" übernommen.

Ein Dankschreiben der holländischen Königin an Ebert.

WTB. Berlin, 13. April. Auf das Dankschreiben des Reichspräsidenten an die Königin von Niederland für die Wahrnehmung der deutschen Interessen während des Krieges ist folgende Antwort eingegangen:

Herr Präsident! In Ihrem Briefe vom 2. Februar d. J. haben Sie die Güte gehabt, mir die dankbare Gesinnung der deutschen Regierung dafür auszudrücken, daß sich das Königreich der Niederlande während des Krieges in verschiedenen Ländern der deutschen Interessen annahm, und daß die Behörden Niederlands und ihre Vertreter im Ausland trotz der Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, in der Lage gewesen sind, zum Schutz dieser Interessen beizutragen. Sie sind so freundlich gewesen, hinzuzufügen, daß das deutsche Volk die Erinnerung an das wahrt, was die niederländischen Behörden und das niederländische Rote Kreuz zum Wohl der in Niederland internierten deutschen Kriegsgefangenen haben verwirklichen können. Ich danke Ihnen, Herr Präsident, für Ihren gütigen Brief. Es ist mir eine besondere Genugtuung, im gemeinsamen Bemühen mit meinem Volk zu den Werken der Menschlichkeit haben beitragen zu können, die Sie erwähnt haben. Ich ergreife diese Gelegenheit, um Ihnen, Herr Präsident, die Versicherungen meiner höchsten Achtung auszusprechen. Gegeben im Haag, am 5. März 1921. gez. Wilhelmina. gegengez. van Karnebeek.

Eine „Stinnes"-Berichtigung.

Die Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk schreiben uns: Die Morgenausgabe des „Vorwärts" vom 7. April 1921 brachte unter der Ueberschrift: „Stinnes" einen Artikel, in dem eine Zusammenstellung über eine Reihe der wichtigsten Wirtschaftsbetriebe innerhalb Deutschlands gegeben wird, die sich nachweislich unter der Kontrolle von Stinnes befinden sollen. In dieser Zusammenstellung sind die „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk" genannt. Diese Behauptung widerspricht den Tatsachen. Herr Stinnes ist an den „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk" weder finanziell, noch in anderer Weise beteiligt.

Eine Besteuerung unverritzter Felder in Preußen.

Berlin, 13. April. Den preußischen Oberbergämtern ist ein Gesetzentwurf über die Besteuerung unverritzter Felder zur Begutachtung zugegangen. Der Entwurf soll demnächst den preußischen Landtag beschäftigen.

Neue Milchkuhsendung aus Amerika.

Bremen, 14. April. Wie bekannt wird, ist am Freitag der Dampfer West-Arrow mit 744 Milchkühen, die der amerikanische Südstaat Dakota Deutschland zum Geschenk gemacht hat, nach Deutschland abgegangen. Er wird in etwa vier Wochen in Bremen eintreffen.

„Für ein ungeteiltes Oberschlesien"

im Rahmen Deutschlands, betitelt sich eine kleine Broschüre, die vom Verband heimattreuer Oberschlesier (Zentrale Kattowitz) herausgegeben ist. Die Arbeit weist eingehend auf die wirtschaftliche Unteilbarkeit des Landes hin und zeigt die Schwierigkeiten, unter denen die Volksabstimmung zustande kam, und besonders den polnischen Terror, der in den Kreisen Tarnowitz, Pleß und Rybnik geübt wurde, wo die Polen bekanntlich eine Mehrheit erhielten. Obwohl die seit der Drucklegung der Broschüre eingegangenen weiteren Protokolle über den polnischen Terror noch ganze Bände füllen, gibt schon diese Auswahl ein Bild der großen Schwierigkeiten, mit denen das Deutschtum in Oberschlesien zu kämpfen hatte. Weiter legt die Broschüre ziffernmäßig dar, wie groß die Einwirkung der Reichsoberschlesier bei der Wahl war, und daß sich diese Einwirkung vornehmlich gerade in den Kreisen äußerte, die eine deutsche Mehrheit auch ohne den landsmannschaftlichen Zuzug aus dem Reiche hatten. Schließlich wird noch ziffernmäßig dargelegt, wie groß die Wahlentrechtung war, die das Deutschtum traf durch die Bestimmung, daß die zugezogenen Personen erst dann das Wahlrecht hätten, wenn sie seit dem 1. Januar 1904 in Oberschlesien seßhaft waren. Insgesamt dürfte die Broschüre ein übersichtliches Bild des Volksabstimmungskampfes bieten, den Oberschlesien hinter sich hat.

Die Knebelung der deutschen Presse in Oberschlesien.

Berlin, 14. April. Gegen das Urteil des interalliierten Gerichtshofes in Beuthen, das am 5. April, wie bereits gemeldet, vier deutsche Redakteure zu Gefängnisstrafen von insgesamt 35 Tagen und 20 000 Mark Geldstrafe verurteilt, hatte der Verband der oberschlesischen Presse Protest eingelegt. Der Direktor des Justizdepartements der interalliierten Kommission hat nunmehr diesen Protest zurückgewiesen mit der Begründung, daß das Urteil von einem Justizorgan herrühre, das bei der Feststellung des Tatbestandes und der Verantwortlichkeit als unbefangener anzusehen sei, als die protestierenden Pressevertreter, und dementsprechend auch großen Glauben verdiene. Eine Revision gegen das Urteil des besonderen Gerichtshofes sei nicht zulässig.

Heimkehr deutscher Kriegsgefangener aus Rußland.

Berlin, 14. April. Die in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz Genf durch die Deutsche Fürsorgestelle Moskau durchgeführte Konzentrierung der in Kaukasien (Terek—Kuban—Don-Gebiet) befindlichen Kriegs- und Zivilgefangenen ist soweit vorgeschritten, daß nunmehr mit deren Heimtransport aus Nowo-rossisk begonnen werden kann. Die Gesamtzahl beträgt schätzungsweise 15 000 Mann, darunter 2000 Reichsdeutsche. Als erstes Schiff trifft voraussichtlich der Dampfer „Wigbert" am 11. Mai in Noworossisk ein. Briefe an Gefangene, die sich in Kaukasien befinden, werden durch den Dampfer „Wigbert" mitbefördert und sind bis zum 22. April an die „Dienststelle der Admiralität" in Hamburg mit der Aufschrift „für Dampfer Wigbert" unter genauer Angabe der Adresse des betreffenden Gefangenen zu richten.

Ententisten gegen die „Sanktionen".

Es ist ja für uns kein Göttergeschenk, das uns aus allen Nöten befreit, aber immerhin eine ganz interessante Erscheinung, oder vielmehr ein erster bescheidener Anfang, daß sich Ententeleute, Arbeiterführer und Blätter, auch sogar schon in Frankreich, finden, die sich mit großer Schärfe gegen den Versailler Vertrag und gegen die wahnsinnigen Pariser und Londoner Beschlüsse wenden. So spottet beispielsweise Longuet in seinem Blatte „Populaire" sehr deutlich über die zweite Internationale, über den Chauvinismus der belgischen und den Nationalismus der deutschen Sozialisten, die sich den Ententeregierungen unterwerfen, und die sinnlosen Annitäten, die auf dreißig Jahresraten ausgedehnten Jahreszahlungen angenommen haben. Dem Vorwärts ist natürlich der Vorwurf des „Nationalismus" höchst peinlich und er ist darum auf den Genossen Longuet schlecht zu sprechen. Allerdings hat er ja durchaus Recht, wenn er sagt, von diesen geräuschvollen Worten sei es noch sehr lange hin bis zu einer wirklichen Tat. Aber auch die Arbeiter der Tschecho-Slowakei warnen ihre der Entente verschriebene Regierung eindringlich davor, die sogenannten „Sanktionen" mitzumachen. Das wäre, heißt es in einer bemerkenswerten tschecho-slowakischen Entschließung, gleichbedeutend mit Lahmlegung der Industrie, Gefährdung der Lebensmittelzufuhr, mit Hunger und Elend und Arbeitslosigkeit. Man sieht, wie die sinnlose Gewaltpolitik der Entente allmählich selbst die getreuesten Anbeter der Franzosen und Engländer vor den Kopf stößt.

Das Gesetz gegen die Habsburger angenommen.

w. Wien, 14. April. Der Verfassungsausschuß erledigte heute den sozialdemokratischen Antrag betr. ein Gesetz über die Landesverweisung der Habsburger und beschloß gemäß dem Antrag des großdeutschen Abgeordneten Franck mit 14 gegen 12 Stimmen eine Novelle zum allgemeinen Strafgesetz, wonach die Rückkehr eines durch Bundesverfassungsgesetz aus dem Gebiet der Republik Oesterreich Landesverwiesenen als Verbrechen mit schwerem Kerker von fünf Jahren bestraft wird.

Tirol, Salzburg und Steiermark stimmen über den Anschluß ab.

TU. Wien, 14. April. Die Stellung der Bundesregierung in der Anschlußfrage steht seit längerer Zeit fest. Die Regierung steht auf dem Standpunkt des Friedensvertrages von St. Germain. Inzwischen erklären die führenden Organe in Tirol, voran die „Innsbrucker Nachrichten", daß trotz des Kesseltreibens der in- und ausländischen Anschlußgegner die Tiroler am 24. d. M. über die Frage des Anschlusses abstimmen werden. Selbst der Hinweis darauf, daß die Bundesregierung bei ihren Verhandlungen mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes in eine schwierige Lage kommen könnte, wird Tirol nicht abhalten, am 24. April über die Anschlußfrage abzustimmen. Auch Salzburg und Steiermark werden Ende Mai über die Anschlußfrage abstimmen.

Der Generalstreik in England.

w. London, 14. April. Die Lokomotivführer und Heizer die eine von der nationalen Gewerkschaft der Eisenbahner unabhängige Vereinigung bilden und deren Haltung bisher zweifelhaft war, haben beschlossen, am Freitag auch ihrerseits den Ausstand zu beginnen.

London, 14. April. Lloyd George hat in einem Schreiben an die Führer der Eisenbahner und Transportarbeiter um Mitteilung der Gründe, aus denen sie ihre Entscheidung getroffen, die ihren eigenen Landsleuten so schweren Schaden zufüge.

England in Erwartung neuer deutscher Vorschläge.

w. London, 13. April. Das Reutersche Büro erfährt, daß keinerlei neue Vorschläge vonseiten der deutschen Regierung in der Frage der Reparationen gemacht worden sind. In maßgebenden britischen Kreisen ist man jedoch der Ansicht, daß ein neues Angebot vonseiten Deutschlands vielleicht nicht mehr lange auf sich warten lassen wird, insbesondere in anbetracht der Tatsache, daß die Zwangsmaßnahmen, die jetzt in Kraft sind, und an denen fast alle diejenigen Mächte teilnehmen, die den Friedensvertrag unterzeichnet haben, eine merkliche Wirkung auf die deutsche Industrie ausüben. Es ist ebenfalls klar, daß wichtige Teile der deutschen öffentlichen Meinung, enttäuscht in ihren Erwartungen auf Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten, und sich vor Augen haltend, daß ein weiteres Nichtausführen des Vertrages zu den ernstesten Folgen führen kann, jetzt auf irgend einen Schritt der deutschen Regierung drängen werden, die, wie dargelegt wird, seit Abbruch der Londoner Konferenz die Verantwortung für die Ergreifung der Initiative habe. Es kann für sicher angenommen werden, daß jedem verständigen neuen Angebot, das aufrichtig vorgebracht wird, um den gerechten Forderungen der Alliierten Genüge zu leisten, durchaus die Aufmerksamkeit der britischen Regierung zugewandt werden wird. Die Reutermeldung schließt: Die üblen Wirkungen, unter denen der deutsche Ausfuhrhandel leidet, dürfen nicht angesehen werden als ein absichtlicher Versuch der Alliierten, Deutschlands berechtigte Handelsbetätigung zu verhindern, sondern müssen betrachtet werden als selbstzugefügt, da es die deutsche Regierung bisher versäumt hat, irgend welche durchführbaren Vorschläge zur Lösung des Reparationsproblems als Ganzes vorzubringen.

Streik der Matrosen und Heizer in Norwegen.

w. Christiania, 14. April. „Socialdemokraten" teilt mit: Da die dem Reedereiverbande angehörenden Reedereien eine allgemeine Lohnherabsetzung ins Werk gesetzt haben, hat der Matrosen- und Heizerverband beschlossen, daß alle Mannschaften von Bord zu gehen haben. Darauf haben die Mannschaften der zur Abfahrt bereitliegenden Schiffe diese verlassen. Die Mannschaften der unterwegs befindlichen Schiffe werden nach ihrer Ankunft im Hafen die Schiffe verlassen. Die Küstenschiffahrt wird von diesem Streik nicht betroffen. Die herabgesetzten Löhne liegen 30—40 Kronen unter den vom Schiedsgericht vorgeschlagenen Lohnsätzen.

Kleine Nachrichten.

Halle, 14. April. Minister Oeser wurde auf Vorschlag der Demokraten und des Zentrums mit Hilfe der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen vom Provinziallandtag zum Landeshauptmann gewählt.

w. Berlin, 14. April. Wie die Blätter aus Wiesbaden melden, wurde vom französischen Militärgericht in Wiesbaden wegen Verbreitung von Flugblättern, die zum Generalstreik auffordern, der Kommunistenführer Greis und fünf Genossen zu Gefängnisstrafen bis zu sechs Wochen verurteilt. Bei Haussuchungen wurden Schriften beschlagnahmt, die die Absicht der Kommunisten bekunden, das Wiesbadener französische Militärgerichtsgebäude in die Luft zu sprengen.

w. Berlin, 14. April. Nach einer Mitteilung des Berliner Magistrats wird infolge der fortgesetzten Steigerung fast sämtlicher Produktionsunkosten der Brotpreis erhöht werden, und zwar wird das Großbrot 5 Mk., die Schrippe 15 Pfg. und das 1000-Gramm-Krankenbrot 3 Mk. kosten.

w. London, 14. April. In Swansea (England) sind 45 Tonnen deutscher Spielwaren von Hamburg eingetroffen.

w. London, 14. April. Das Greenwicher Observatorium teilt mit, daß am 10. April der Komet Pons Winnecke wieder entdeckt worden ist. Der Komet wird am 11. Mai zehn Tage vor der Erde kreuzen. Die Gefahr eines Zusammenstoßes besteht nicht.

w. London, 14. April. Der Times zufolge wurde Professor Einstein von der Universität Manchester

eingeladen, während seines demnächst stattfindenden Besuches in England an der Universität Vorlesungen zu halten.

Die Einheitsstenographie in Sicht.

Berlin, 13. April. Im Reichsministerium des Innern hat am Sonnabend unter Leitung des Staatssekretärs Schulz eine Sitzung von Vertretern aller größeren Kurzschriftsysteme über die Schaffung einer Einheitskurzschrift beraten. Der Verlauf der Beratung ergab ein einmütiges Bekenntnis aller Teilnehmer zum Gedanken der Einheitskurzschrift. Da aber andererseits eine sofortige Einigung auf ein bestehendes System für unmöglich erklärt wurde, einigte man sich dahin, einen aus je einem Vertreter der 11 größeren Kurzschriftschulen zusammenzusetzenden engeren Fachausschuß mit der Aufgabe zu betrauen, die sachlichen Voraussetzungen und Grundlagen für ein System einer Einheitskurzschrift zu schaffen. Gegen einen solchen Ausschuß wurden zwar von zwei Schulen, einer größeren und einer kleineren, Bedenken erhoben, da er nach ihrer Auffassung keine Ergebnisse zeitigen werde; werde er aber eingesetzt, so seien sie zur Mitarbeit bereit.

Handel und Industrie.

* **F. Küppersbusch u. Söhne, Gelsenkirchen.** Dividendenvorschlag 15 Prozent wie im Vorjahre.

Commerz- u. Privat-Bank Akt.-Gesellsch.
Filiale Bochum, Wilhelmsplatz 10.
Telefon Nr. 3572—3575. Telegr.-Adr. Hanseatic.
Wir sind unter Vorbehalt für

Kohlenwerte

Name	Käuf.	Verk.	Name	Käuf.	Verk.
Adler	37500	38000	Graf Schwerin	94000	97000
Admiral	16500	17500	Heinrich	26500	27500
Blankenburg	15400	16300	Helene & Amalie	125000	—
Carl Friedrich	10500	11500	Johann Deimelsberg	35000	36000
Caroline	19500	20500	König Ludwig	188000	193000
Carolus Magnus	26000	27500	Langenbrahm	45000	47000
Constantin d. Gr.	20500	22500	Lothringen	—	—
Diergardt	45000	47000	Lothringen Akt.	875	880
Ewald	186000	194000	Mansfeld	4800	5000
Fr. Vogel u. Unverh.	—	—	Moers	26000	26500
Fröhl. Morgensonne	—	68000	Oespel	—	—
Glückaufsegen	25500	27500	Schürb. & Charlottb.	17000	17500
Gottessegen	21000	22000	ver. Trappe	15000	15500
Graf Bismarck	205000	215000	Wilhelmine Mevissen	31000	32000

Braunkohlenwerte

Bruckdorf-Nietleb.	37000	39000	Michel	39500	41000
Düren	—	—	Oscarssegen	4950	5100
Gute Hoffnung	21500	22000	Vesta	30500	31500
Leonhardt	41500	42500	Zukunft Akt.	410	420

Kaliwerke

Alexandershall	60000	630 00	Hindenburg	31000	32000
Asse	—	26000	Hüpstedt	16000	17000
Bergmannssegen	40000	44000	Johannashall	14500	15500
Burbach	56000	62000	Kaiseroda	—	64000
Carlsfund	—	24000	Königshall	31000	33000
Carlshall	14800	15100	Marie	14 00	17000
Desdemona	22750	23500	Marie-Luise	15000	16500
Einigkeit	26000	26800	Max	15500	18000
Ellers	12500	—	Meimershausen	3000	3100
Felsenfest	16500	170 0	Neurode	15500	—
Friedrichroda	9400	10000	Prinz Eugen	—	—
Fürstenhall	13000	14000	Ransbach	12500	13700
Hebra	3450	36 00	Rothenberg	8300	—
Glückauf-Sondersh.	62500	6400	Salzmünde	19500	20500
Großh. Wilh. Ernst	—	13500	Siegfried I	18 0	2000
Günthershall	15600	—	Thüringen	10000	10400
Hansa-Silberberg	—	26500	Volkenroda	—	35500
Heiligenroda	—	63 00	Walbeck	22000	23500
Heimboldshausen	13 00	14000	Wilhelmshall	3650	38500
Ideringen	18000	19500	Wintershall	250000	—

Kali-Aktien

Adler-Stamm-Akt.	290	295	Krügershall-Akt.	870	880
Hallesche Kali-Akt.	310	320	Nonnenberg-Akt.	570	580
Heldburg-Akt.	280	290	Salzdethfurt-Akt.	—	1050
Justus-Akt.	255	260	Siegmundshall-Akt.	875	890

unnotierte Werte

Becker Stahlw.-Akt.	285	290	Eisenh. Westfalia	840	850
Benz alte Akt.	206	212	Falbach M.-Akt.	229	235
Benz, junge Akt.	194	20.	Ganz Ludwig	252	257
Brückb. Flend.-Akt.	44	450	Kabelw.-Rheydt	480	490
Deutsch. Masch.-Akt	290	295	Rh.-W. Elekt.-Akt	195	200
Dort. Ritterbrau. A.	300	310	Uerdinger Wag.-A.	410	420
Hütewerke-Akt.	250	260	Howaldt-Werke	—	330

Berlin, 14. April. An der Börse hielt sich der Verkehr in äußerst geringen Grenzen. Immerhin war die Grundstimmung als fest anzusprechen. Die Reuter-Meldung, daß England ein neues deutsches Angebot in der Reparationsfrage erwarte und dessen gründliche Prüfung zusichert, machte einen guten Eindruck. Aber trotzdem war die Kursgestaltung in Nachwirkung der schwachen Haltung der letzten Tage nicht einheitlich.

Berliner Börsenkurse.
vom 14. April 1921.

	Div.	13. 4.	14. 4.		Div.	13. 4.	14. 4.
Com.-u. Privatb.	9	212.—	—.—	Essener Steink.	12	391.—	388.—
Darmst. Bank	8	181.—	181.55	Gelsenk. Bergw.	11	325.15	323.50
Deutsche Bank	10	298.50	292.—	Gelsenk. Gußst.	10	395.—	389.—
Disk.-Ges.-A.	9	248.25	247.50	Hamb. Paketf.	—	189.—	186.—
Dresdner Bank	9	214.—	214.—	Harp. Bergw.	12	459.—	450.25
Ges. Cred.-Anst.	9	186.50	189.50	Hasp. Eis.- u. St.	20	—.—	356.—
Mitteld. Cred.-B	9	185.—	184.—	Humboldt Masch.	—	289.75	282.—
Pr. Centr.-Bod.	8½	152.—	152.⅞	Höchster Farben	14	415.75	412.—
Reichsbank	8.79	146.37	145.25	Hösch. Stahlw.	24	814.—	795.—
Rh.-W. Bd.-Cr.	6	121.—	121.—	Köln-Neuessen	15	520.50	519.—
Boch. Vikt. Oria	12	340.—	—.—	Königsborn	12	760.—	765.—
Düsseldorf Langend.	12	343.—	340.—	Küppersbusch	15	421.—	420.50
Schlegel Boch.	15	—.—	330.—	Laurahütte	20	340.—	339.50
Allg. Elektr.-G.	10	287.—	284.50	Magdeb. Bergw.	25	579.50	—.—
Arenberg	15	948.—	945.—	Mannesmann	20	580.—	575.—
Bad. Anilin	18	—.—	532.—	Mark Zement	25	608.—	641.—
Baicke Masch.	20	04.—	468.—	Masch.-F. Baum	—	433.—	421.—
Baroper Walz.	0	594.75	585.—	Mülh. Bergw.	11	450.—	445.—
Bergm. Elekt.	—	345.—	321.—	Nordd. Lloyd	—	150.12	151.75
Bismarck-Hütte	28	—.—	—.—	Oberschles. Eisenb. Bedarf	—	298.—	95.—
Boch. Gußstahl	15	460.—	465.—	Orenstein-Kopp.	16	580.—	580.—
Buderus Eisen	7½	382.—	378.—	Phönix Bergw.	20	548.75	549.—
Concordia Berg.	22	408.50	410.—	Rh. Braunkohle	20	659.—	657.—
D.-Lux. Bergw.	3	310.—	306.50	Rh. Stahlwerk.	20	500.—	498.—
Deutsche Erdöl	—	965.—	960.—	Siemens-Halske	14	500.—	501.—
Deutsche Kali	25	350.—	354.—	Westf. Draht	5	335.—	333.75
Dittmann Neuh.	32	320.—	300.—	" Eis. u. Draht	20	380.—	378.—
Dürkopp	25	585.—	575.—	Wicking Zem.	25	405.—	400.25
Elberf. Farben	18	449.50	445.—	Wittener Gußst.	30	—	—.—

Inländische Staatsanleihen.

	13. 4.	14. 4.		13. 4.	14. 4.
5% A. D. S.-A.	—.—	—.—	3½ % D. R.-A.	64.75	64.60
2% H. D. S.-A.	99.80	99.80	3% D. R.-Anl.	65.75	66.80
6% III	99.75	99.70	D. Sparp.-Pr. Anl	84.50	84.60
4½ % IV.-V.	80.90	81.70	5% D. Sch. A. 1921	100.—	100.—
4½ % VI.-IX.	72.10	72.—	5% do. 1922	99.75	99.80
4½ % 1924er	93.90	94.—	4% Pr. Kons.	69.75	69.20
5% D. R. Anl.	74.50	77.50	3½ % Pr. Kons.	59.—	58.75
4% D. R.-Anl.	68.40	68.50	3% Pr. Kons.	54.10	53.90

Amtliche Devisenkurse.
Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Für drahtliche Auszahlungen	13. April. Geld	13. April. Brief	14. April. Geld	14. April. Brief	Höchst. bish. G.	Münz parität
Holland 100 Fl.	2154.80	2167.50	2162.20	2157.20	4190.—	168.75
Belgien 100 Fr.	456.50	457.50	461.50	462.50	736.75	81.—
Norwegen 100 Kr.	1001.95	1004.05	1005.45	1008.55	1848.—	112.—
Dänemark 100 Kr.	1180.35	1182.65	1183.85	1186.15	1698.—	112.50
Schweden 100 Kr.	1477.50	1480.50	1496.—	1499.—	1988.—	112.50
Italien 100 Lir	289.70	290.30	304.35	305.35	584.40	81.50
England 1 St.	243.75	244.25	245.50	246.—	350.65	20.—
Amerika 1 D	62.18	62.37	62.98	63.12	103.65	4.48
Frankreich 100 Fr.	440.55	441.45	444.55	445.4	798.—	81.20
Schweiz 100 Fr.	1074.90	1077.10	1086.40	1088.60	1709.80	81.—
Spanien 100 Pes	861.6	863.40	871.00	873.40	848.—	81.—
Dtsch.-Oest. 100 Kr.	18.76	18.77	18.73	18.74	—	85.—
Tsch.-Slow. 100 Kr.	86.20	86.40	86 27½	86 47½	101.15	—.—
Ungarn 100 Kr.	22.77	22.83	22.34½	22.40½	—.—	—.—

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Die Regierungsdenkschrift über die Märzunruhen.

w. **Berlin**, 14. April. In der Denkschrift des preußischen Ministeriums des Innern über die Märzunruhen 1921 (über die wir in der vorigen Ausgabe schon kurz berichteten) heißt es u. a.:

Bereits September war in Weißensee eine Kampforganisation der K. A. P. D. aufgedeckt. Infolge des Prozesses verzichtete die Berliner K. A. P. D. von diesem Zeitpunkt ab darauf, im geplanten Umfange größere Kampfverbände zu organisieren, da sie während des Prozesses sich immer mehr davon überzeugte, daß die Behörden überall ihre Bestrebungen, insbesondere über den unter dem Deckmantel von Sportvereinen gegründeten Kampforganisationen genau unterrichtet waren. Tatsächlich traten auch bei den letzten Unruhen, obwohl es an Aufhetzungen wahrlich nicht fehlte, keine Kampforganisationen der K. A. P. D. in Erscheinung. **Im Ruhrgebiet, einem der Hauptherde der kommunistischen Bewegung, wurde im Januar nach vorhergegangenen langwierigen und schwierigen Ermittlungen zugegriffen und umfangreiche Kampforganisationen ausgehoben.** Der Zugriff rief eine solche Beunruhigung in der KAPD. hervor, daß, wie es aus den kurz hiernach erlassenen Anordnungen der Partei hervorging, zunächst jede Tätigkeit dieser illegalen Kampforganisation eingestellt wurde. Bei dem Märzaufstand, den die kommunistischen Parteien beider Richtungen zu einer Generalaktion in ganz Deutschland ausnutzen wollten, blieb das rheinisch-westfälische Industriegebiet verhältnismäßig verschont. Der von Berlin ausgegebenen Generalstreikparole und der Aufforderung zur Bewaffnung versagte das Groß der Berg- und Metallarbeiter und selbst ein nicht unerheblicher Teil der kommunistischen Arbeiterschaft im Ruhrgebiet die Gefolgschaft. Am 1. 2. konnte auch in der Provinz Sachsen, Stendal und Magdeburg zur Verhaftung der Führer der dort bestehenden Kampforganisationen geschritten werden. Auch hier wurde die Organisation durch die Verhaftung der Hauptbeteiligten empfindlich gestört. Ein weiterer empfindlicher Schlag wurde anschließend der kommunistischen Aufstandsvorbereitungen im Ruhrgebiet durch umfangreiche Festnahmen und Hausdurchsuchungen am 4. 2. in Frankfurt a. Main zugefügt. Ein von der sonst üblichen Form der Kampforganisation völlig abweichendes Bild und eine ganz andere Entwicklung der Dinge vollzog sich in Mitteldeutschland, dem Aufstandsgebiet der letzten Wochen. Hier befand sich seit jeher ein starkes kommunistisches Zentrum. Die letzten Landtagswahlen hatten bei nicht unerheblichen Stimmenthaltungen von Anhängern der K. A. P. D. und der V. K. P. D. die große Stimmzahl von 204 500 gebracht. Es war der Staatsregierung bekannt, daß seit den Tagen des Kapp-Putsches eine größere Menge von Waffen und Munition in den Händen der Arbeiterbevölkerung Mitteldeutschlands verblieben. Bei den Ermittelungen zeigte es sich mehr und mehr, daß es in Mitteldeutschland zwar Kampforganisationen nach Art der im Januar im Ruhrgebiet ausgehobenen und in Frankfurt a. Main unschädlich gemachten nicht gab, daß aber in fast allen Betrieben und die in den Arbeiterkolonien dicht nebeneinander wohnenden Mitglieder der kommunistischen Partei oder der Allgemeinen Arbeiterunion Waffen besaßen und gesonnen waren, im Falle einer Erhebung die Waffen zu gebrauchen und sich zu Trupps zusammenzuschließen. Jede Aktion war hier in weit höherem Maße als anderwärts auf die Betriebsorganisation eingestellt. Gerade weil der eigentlichen Oberleitung die straffe Organisation wie im Ruhrgebiet fehlte, war es ungleich schwer, der drohenden Gefahr zu begegnen, was nur durch die Festnahme hinreichend verdächtiger Führer oder der Beschlagnahme der Waffen hätte geschehen könen. Jeden verdächtigen Kommunisten zu verhaften, war unmöglich. Die Waffen waren zumeist in den Betrieben oder Schächten versteckt. Es muß betont werden, daß die Gefahr einer unmittelbar drohenden und aus sich heraus losbrechenden Aufruhrbewegung in Mitteldeutschland trotz der Hetze der Kommunisten zu keiner Zeit, auch nicht im März, anzunehmen war. Erst durch die Entsendung der Schutzpolizei nach Mitteldeutschland mit der Aufgabe, den immer mehr sich häufenden Uebergriffen und Gesetzwidrigkeiten sowie dem anwachsenden Verbrechertum unter der Arbeiterschaft entgegenzutreten, kam er ins Rollen. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen trat am 14. 3. mit dem Verlangen hervor, das Industriegebiet des Regierungsbezirks Merseburg mit Schutzpolizei zu belegen, und zwar um die Landwirtschaft gegen die zahlreichen Feldiebstähle durch organisierte und bewaffnete Banden zu schützen und um in den großen industriellen Werken die Massendiebstähle wertvoller Rohmaterialien, Grubenholz, Kupfer usw. zu verhindern. Die Werkpolizisten zeigten sich hierzu und um die Nachforschungen nach verborgenen Waffen fortzusetzen außer Stande. Es folgt sodann in der Denkschrift die eingehende Darstellung des Aufstandes und seiner Bekämpfung. Der kommunistisch verhetzte Teil der Arbeiterschaft sah in dieser Belegung des Industriegebietes mit der Schutzpolizei einen willkommenen Anlaß zum Streik und Aufruhr. Seit Monaten von skrupellosen Hetzern bearbeitet, war der Boden für Aufruhr günstig vorbereitet. Die Spannung war, wie es sich jetzt zeigte, derartig, daß ein geringfügiger Anlaß die Entladung auslöste.

Schließlich heißt es noch: Die Aufstandsbewegung in Mitteldeutschland bewies klar und deutlich, daß der Staat starker und zuverlässiger Machtmittel bedarf, um Ruhe, Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten. Besonders klar trat zu Tage, daß neben dem auf 100 000 Mann beschränkten Reichsheer starke und gut organisierte Polizeikräfte unbedingt notwendig waren. Da die Führer der verbrecherischen Elemente die Aufruhrversuche sobald nicht aufgeben werden, sei es Gebot der Selbsterhaltung, der Entente gegenüber die Notwendigkeit einer starken Polizei, die nach ihrem Aufbau, Gliederung und Bewaffnung den ihr heute zufallenden Aufgaben voll gewachsen ist, immer wieder zu betonen.

Verhaftungen durch die Franzosen in Duisburg.

w. **Duisburg**, 14. April. Heute nachmittag hat die französische Besatzungsbehörde den 1. Beigeordneten Regierungsrat Dr. Maiweg und den Polizeiinspektor Klein ohne Angabe von Gründen verhaftet und ins Gerichtsgefängnis abgeführt.

Die Kabinettsberatungen über die Lage.

bb. **Berlin**, 14. April. Die Germania veröffentlicht eine Mitteilung, in der es heißt: Der Vermittlungsversuch, der seitens einer neutralen Macht unternommen worden ist, um den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Harding, für ein Eingreifen zur Anbahnung neuer Verhandlungen zwischen der Entente und Deutschland zu bestimmen, hat, wie wir zuverlässig hören, sowohl Dienstag wie auch Mittwoch das Kabinett eingehend beschäftigt. Es steht fest, daß im Kabinett die Auffassung vorherrscht, daß die angebotene Vermittlung nicht zurückgewiesen werden darf. Wie das Tageblatt dazu bemerkt, handele es sich vorläufig um eine Fühlungnahme mit den außerhalb des Reiches stehenden neutralen Persönlichkeiten, die sich bereit gezeigt haben, eine Vermittlung herbeizuführen. Diese Fühlungnahme habe bereits vor einiger Zeit begonnen. Die Germania schreibt heute abend in einem Leitartikel: Unsere Nachrichten lauten erfreulicherweise dahin, daß im Reichskabinett mindestens der Wille zum Ausdruck gekommen ist, **die deutsche Politik müsse spätestens bis Ende dieser Woche aktiv werden.**

w. **Berlin**, 15. April. Die Germania hat gestern in ihrer Nummer 181 eine Mitteilung über den Inhalt der Ministerberatungen vom 12. und 13. d. M. gebracht, die den Tatsachen nicht entspricht. Die Ministerberatungen waren geheim und es sind keinerlei Informationen darüber erteilt worden. Die Nachricht der Germania beruht daher auf Kombinationen.

Meldungen an die Reichs-Rücklieferungs-Kommission.

w. **Berlin**, 14. April. Auf Grund der Verordnung vom 6. April 1921 zur Durchführung des Artikels 238 des Friedensvertrages ist zur Meldung an die Reichsrücklieferungskommission in Berlin W 9, Potsdamerstraße 10/11, verpflichtet, wer Gegenstände inne hat, welche in den von den Truppen der Zentralmächte besetzt gewesenen Gebieten Frankreichs, Belgiens, Polens, Rumäniens, Serbiens und Italiens während der Besetzung der Berechtigten durch behördlichen Zwang entzogen oder rechtswidrig fortgenommen oder gefunden wurden. Zur Meldung verpflichtet ist auch der, wer derartige Gegenstände inne gehabt, sie anderen überlassen, zerstört oder ins Ausland brachte. Für Gegenstände, die durch kriegswirtschaftliche Organisationen verteilt wurden, bedarf es vorerst einer solchen Meldung nicht. Ebenso ist für Gegenstände, die bereits auf Grund der Verordnung über die Rückgabe der aus Frankreich und Belgien entfernten Maschinen vom 28. 3. 1919 oder der Bekanntmachung aus den von den deutschen Truppen besetzt gewesenen Gebiete stammen, keine neue Meldung zu erstatten. Meldevordrucke sind bei der Meldestelle der Rücklieferungskommission in der Stadt, Gemeinde oder Kreisbehörden zu beziehen.

Der Reichsetat für 1920.

TU. **Berlin**, 15. April. Der Reichsrat genehmigte den Nachtragsetat für 1920, der, wie der Berichterstatter, Ministerialrat Sachs, hervorhob, im wesentlichen nur die neue Staffelung der Beamten entsprechend dem Gesetz vom Dezember 1920 enthält. Der Etat für 1920, der bisher im ordentlichen Etat mit 39,9 Milliarden und im außerordentlichen Etat mit 69,6 Milliarden abschloß, erfährt durch den Nachtragsetat eine Erhöhung im ordentlichen Etat auf 44,5 Milliarden, und im außerordentlichen Etat auf 89,6 Milliarden; insgesamt erreicht der Etat 1920 die Summe von 134 Milliarden gegenüber 3,4 Milliarden im Jahre 1914. Die Erhöhung beträgt das 45fache.

Zum Tode der Kaiserin.

D. **Berlin**, 15. April. Der Minister des königlichen Hauses, Graf Eulenburg, hat heute an alle Teilnehmer an der Beisetzung die Hofansagen für die Trauerfestlichkeiten am kommenden Dienstag ergehen lassen. Nach der in der Nacht von Montag zu Dienstag erfolgten Ankunft des Hofzuges mit den sterblichen Ueberresten der Kaiserin, übernehmen ehemalige Offiziere der beiden früheren Leibregimenter die Ehrenwache am Sarge, der über Nacht in der Bahnhofhalle verbleibt. Am Dienstag morgen 9 Uhr versammeln sich die Prinzen und Prinzessinnen am Sarge zu einem kurzen Gottesdienst. Um 9½ Uhr setzt sich der Trauerzug in Bewegung. Er wird eröffnet von der Geistlichkeit unter Vorantritt des Hofpredigers D. v. Dryander. An diese schließen sich Abordnungen ehemaliger Offiziere an, denen der Leichenwagen folgt. Seine vier Pferde werden geführt von Angehörigen des ehemaligen Kürassierregiments „Königin", die Zipfel des den Wagen bedeckenden Leichentuchs tragen vier Ritter des Schwarzen Adlerordens. Zu beiden Seiten des Leichenwagens schreiten die ehemaligen Generale und Flügeladjutanten. Dann folgen die Prinzen und Prinzessinnen und die übrigen Fürstlichkeiten. An diese schließen sich die Ritter vom Schwarzen Adlerorden an, dann das ehemalige Gefolge der Kaiserin, die Kammerherren und Würdenträger. Den Schluß des Zuges bilden die ehemaligen Beamten der Hofhaltung. Voraussichtlich findet im Anschluß an den Trauergottesdienst im Schloß Cecilienhof ein Empfang der Trauergäste und der Deputationen durch die Kronprinzessin statt.

w. **Amsterdam**, 14. April. Wie die Niederländische Telegraphenagentur Arnheim meldet, wird der Trauerzug der verewigten Kaiserin Montag morgen 8,40 Uhr in Arnheim eintreffen und gegen 9 Uhr nach der Grenzstation Zevenaar abfahren

w. **Madrid**, 15. April. Das Amtsblatt veröffentlicht einen Erlaß, welcher anläßlich des Ablebens der deutschen Kaiserin eine 21tägige Hoftrauer anordnet.

Weitere Feierschichten auf den Saargruben.

w. **Saarbrücken**, 14. April. Auf Anordnung der französischen Grubenverwaltung wird am 16. und 18. April auf den Saargruben der Betrieb ruhen. Es sind das die 13. bezw. 14. Feierschicht auf den Saargruben in diesem Jahr.

Großer Waldbrand bei Hindenburg.

w. Hindenburg, 14. April. **Seit heute mittag wütet in den Fürstlich Donnersmarckschen und fiskalischen Forsten zwischen Hindenburg und Makosau ein großer Waldbrand,** der bei dem herrschenden Süd-West-Wind einen solchen Umfang annahm, daß, wie der Oberschlesische Wanderer meldet, große unübersehbare Waldbestände dem Brande zum Opfer gefallen sind. Sämtliche Orts-, Werks- und Grubenfeuerwehren des Kreises Hindenburg sowie die französische Besatzung aus Hindenburg befinden sich an der Brandstelle, um ein weiteres Umsichgreifen des Brandes zu verhüten. In der Hauptsache ist die Tätigkeit der Feuerwehren auf die Erhaltung der in der unmittelbaren Nähe der Brandstelle befindlichen Gruben, des Delbrückschachtes und der Guidos-Grube, beschränkt, da zurzeit bei dem furchtbaren Qualm dem Feuer nicht beizukommen ist. Wie verlautet, sollen infolge des Qualmes **mehrere Feuerwehrleute und zwei Kinder erstickt** sein. Der Schaden beziffert sich schon jetzt auf mehrere Millionen Mark.

Die Teilnahme der Tschecho-Slowakei an den Sanktionen.

D. **Breslau**, 15. April. Die Breslauer Ztg. veröffentlicht einen Bericht, nach dem die Tschecho-Slowakei sich sowohl politisch wie auch militärisch an den Sanktionen gegen Deutschland beteiligen wird. Die Vorbereitungen der Tschechoslowakei gegen Deutschland sind schon in vollem Gange. An der Spitze steht der französische General Mittelhäuser, dessen Truppen an der Grenze bereit zum Losschlagen stehen. **Zwei Vorstöße sollen unternommen werden: einer gegen die Mainlinie, wo man gemeinsam mit den Franzosen die Abriegelung Norddeutschlands von Süddeutschland durchführen will, und die andere gegen Glatz in Oberschlesien. Es scheint die Absicht zu bestehen, daß die Tschechoslowakei bei der Besetzung Oberschlesiens den Polen zuvorkommen will. Jedenfalls ist die Lage sehr ernst.**

Die französische Vergewaltigungspolitik gegen Oesterreich.

D. **Wien**, 15. April. Der französische General Lefevre gab gestern dem Bundeskanzler die Erklärung ab: Falls die österreichische Regierung nicht imstande ist die gegenwärtig auf den Anschluß an Deutschland hinzielenden Umtriebe wirkungslos zu machen, so wird die französische Regierung die Hilfsaktion für Oesterreich einstellen, und die Reparationskommission wird in ihren Befugnissen vollständig wiederhergestellt werden. Die Vertreter der englischen und der italienischen Regierung schlossen sich dieser Erklärung an.

Lloyd George leugnet ein Abkommen mit Frankreich über Sanktionen.

w. **London**, 14. April. **Lloyd George teilte im Unterhause mit, daß kein Abkommen mit Frankreich über Sanktionen getroffen worden sei für den Fall, daß Deutschland bis zum 1. Mai seine Verpflichtungen nicht erfüllen sollte.**

Der Streik in England.

D. **London**, 14. April. Die Blätter setzen heute neue Hoffnungen auf die Konferenz der politischen Ausschüsse der Arbeiterschaft. Die Transportarbeiter versichern, daß sie Maßnahmen getroffen haben, daß Frauen und Kinder keinen Schaden leiden.

w. **Trier**, 14. April. Am 3. April 1920 hatte der Hausierer Josef Weinand beim Schmuggeln eines Zentners Tabak über die belgische Grenze im Kampfe mit einem Polizeiwachtmeister auf diesen drei Schüsse abgegeben, ohne ihn zu treffen. Das Schwurgericht Trier verurteilte ihn wegen versuchten Totschlags zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus.

w. **Freiburg**, 14. April. Der frühere Gouverneur von Deutsch-Südwest-Afrika, Generalmajor Theodor Leutwein, ist in der vergangenen Nacht im 72. Lebensjahre gestorben.

D. **Halle**, 15. April. **Die während der kommunistischen Unruhen verursachten Schäden betragen nach Feststellungen des Oberpräsidiums über 9 Milliarden Mark an Gebäuden, Material und Bargeld.**

TU. **Konstanz**, 15. April. Der Konstanzer Volkswille veröffentlicht eine Liste derjenigen Personen, die beim letzten Kommunisten-Putsch sofort verhaftet oder unschädlich gemacht werden sollten. Auf der Liste stehen die drei Bürgermeister, Stadträte und Stadtverordnete aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, die Geistlichen, Redakteure der Konstanzer Zeitungen, und als Geiseln sollten ebenfalls die Bürgermeister, Stadträte, die Verleger der Zeitungen, die beiden badischen Landtagsabgeordneten und andere festgenommen werden. Eisenbahn, Post, Bezirksamt, Rathaus und Banken sollten besetzt werden.

Verantwortlich: Für Politik i. V., Feuilleton und Sport W. Lindner; für Lokales, Handel und Letzte Nachrichten Th. Rossen; für „Feierstunden" und den übrigen Textteil Julie Schwinck, für Inserate und Reklamen Eugen Wolff, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Worms-Feier

Gedenkfeier zur

400jähr. Wiederkehr des Tages von Worms

veranstaltet von der ganzen ev. Altstadtgemeinde Bochum am 17., 18., 19., 20. und 21. April 1921.

Am 17. April:

1. 7 Uhr vorm. „Wecken" von den Türmen der Christus-, Friedens- und Lutherkirche, ausgeführt von den vereinigten Posaunenchören der evangelischen Vereine und Gemeinschaften.

2. Festgottesdienste in allen evangelischen Kirchen der Altstadt: um 9,30 Uhr in der Christus-, Friedens- und Pauluskirche; um 9 Uhr in der Luther- und Melanchthonkirche.

3. Festzug. Nach den Festgottesdiensten Sammeln auf dem Moltkemarkt. Abmarsch um 11¼ Uhr zur Lutherkirche. Dort kurze Ansprache.

4. Festkonzert veranstaltet durch den Christuskirchenchor, 4½ Uhr nachmittags, in der Christuskirche. Aufführung des Oratoriums „LUTHER" von Große-Weischede. Eintritt 3.- Mk.

5. Volksabend im Evang. Vereinshaus, 8 Uhr abends. Gemeindefeier mit kurzen Vorträgen über Luthers Heidengang nach Worms (Rektor Surmann), Luthers Heidentum in Worms (Pastor Giebe) und Luthers Heidengeist von Worms (Rektor Brinkmann), eingefaßt durch musikalische und dichterische Darbietungen. Die Vortragsfolge zum Preise von 1 Mk. berechtigt zum Eintritt. — Gleichfalls 8 Uhr Volksabend in der Melanchthonkirche.

6. Feierliches Glockengeläute am Montag, den 18. April, 6—7 Uhr nachmittags, zum Gedächtnis der Stunde von Luthers großem Bekenntnis.

Am 18., 19., 20. und 21. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des Evangel. Vereinshauses:

7. Aufführung des Lutherfestspiels von Herrig.

Am Mittwoch, den 20. April, 4 Uhr nachm., nur für Konfirmanden. — Eintritt 1 Mk. — Eintritt zu den Abendaufführungen 2 Mk. — Eintrittskarten sind zu haben bei den Vertrauenspersonen der Pfarrbezirke, im Ev. Vereinshaus, Gastwirt Sethe, Maxstr., u. Chr. V. j. Männer, Ottostr. 14.

DER FESTAUSSCHUSS:

Adolph, Georg, Lagerist. Aldekamp, Herbert, Studienrat. Andreas, August, Fabrikarbeiter. Aufderheide, Wilh., Rektor. Baltz, Richard, Kaufmann. Bergmann, Wilh., Schneidermstr. Berndt, Otto, Baumeister. Biebricher, Friedr., Kaufmann. Birkholz, Fr., Bergmann. Benewitz, v. d Burg, Rechnungsrat. Baltes, Walter, Studienrat. Braumann, Georg, Markenkontrolleur. Brinkmann, Heinr., Rektor. Brunst, Ottilie. Bolle, Fritz, Lehrer. Bobe, Heinr., Expedient. Brodt, Richard, Kaufmann. Collin, Frau, Wwe. Dieckhoff, Jul., Bäckermeister. Dmuß, Wilh., Fabrikarbeiter. Encke, Jul., Oberlandmesser. Foerster, Joh., Werkmeister. Graff, Fritz, Oberbürgermeister. Große, Jul., Lehrer. Gerlach, Marg., Oberlehrerin. Hartmann, Chr., Werkmstr. Hessel, Herm., Dr. med. Homburg, Auguste, Studienrätin. Hoppstätter, Bergmeister. Frau Hedwig Hoffmann. Hoffmann, Schulrat. Henne, Justizobersekretär. Haarmann, Gymnasial-Musiklehrer. Haarmann, Fritz, Sparkassendirektor. Gütebier, Fritz, Rechnungsdir. Frau Dr. Haberkamp. Hager, Ewald, Kaufmann. Hammerschmidt, Olga, Lehrerin. Haus, Karl, Vorarbeiter. Hohage, Gust., Prokurist. Holl, Justus, Maschinist. Jedamzik, Ad., Bergm. Keßler, August, Direktor. Koch, Karl, Dipl.-Handelslehrer. Korte, Ernst, Bürovorst. Korte, Fri., Lehrerin. Koesling, A., Frl., Lehrerin. Kahler, Aug., Bauunternehmer. Kaltheuner, Friedr., Kaufm. Kiffmeier, Wilh., Kaufm. Kriener, Gust., Korrespondent. Krüger, Otto, Steuersekr. Krüner, Karl, Hospizbes. Knute, Heinr., Fabrikarb. Küper, Jul., Kaufm. Dr. Küppers. Löns, Knappschaftssekr. Frau Stadtbauführer Langguth. Landmann, Aug., Kaufm. Lösing, Ewald, Gerichtssekr. Martin, Gottl., Schneidermeister. Möllmann, Oberstadtsekr. Dr. Mummenhoff, Justizrat. Müller, Studienrat. Metten, Jugendpfleger. Maihack, Bernh., Fabrikarb. Frau Studienrat Michaelis, Anna. Michaelis, Karl, Zimmermann. Möller, H., Architekt. Frau Most. Münter, W., Oberbahnassist. Nau, Rendant. Niedertein, Amtsgerichtsrat. Nickel, Heinr. Niemeyer. Ollmart, Edgar, Pfarrer. Overhoff, A., Landmesser. Oldenburger, Ingenieur. Ommert, Ermittelungsbeamter. Patt, Heinrich, Lehrer. Poensgen, Aurelie, Schwester. Petri, Wilbert, Seminardir. Pfisterer, Ernst, Studienrat. Pforr Val., Obermistr. Prein, H., Lehrer. Rauch, Friedr., Schmied. Röhrs, F., Schreiner. Rasch, Handelsschuldir. Frau Dr. Römer. Frau Rabe. Rohif, Lehr. Frau Rosenblatt. Stahlhut, Brauereidirektor. Stottuth, Stadtkämmerer. Ströker, Kaufm. Schumacher, Dir. Schierenberg, Lyzealdir. Surmann, Rektor. Sohn, Dir. Prof. Dr. Schloeßmann. von Soiron. Schmiedeknecht, L. Schmiedeknecht, Lehrer, Salzmann, Verwieger. Sattler, Stuckmstr. Dr. Seyfert, San.-Rat. Frau W. Schmidt. Schneider, Techniker. Frau Schulz. Steinkamp, Buchhalter. Frau Thielmann. Tinschmann, Obermstr. Twele, Dreher. Frau Dr. Troostorff. Frau Landgerichtsrat Ulrich. Unterhinninghofen, Landgerichtsrat. Verse, Gemeindesekr. Vieregge, Rektor. Weber, Zugführer. Wegner, Fabrikarb., Wenzlawski, Arb. Frau Zillekens. Schröer, Abt.-Vorst. Superintendent Poensgen, Past. Schmidt I, Bockamp, Giebe, Schneider, Klose, Müller, Hentschel, Schmidt II, Schirmacher, Althüser.

Städt. Orchester Bochum

VII. Kammermusik:

Einführung: Freitag, den 15. April 1921, abends 8 Uhr, im Parkhaus. Rudolf Schulz-Dornburg (Vortrag u. Klavier); **„Siegfried-Idyll"** von Richard Wagner, ausgeführt von den Herren Treichler, Frahn, Wellershaus, Seyer, Geistfeld, Rosenhahn, Busch, Jenkel, Schneeberg, Berg, Fischer, Meinke, Uhlein, Voss, Schmidt und Retelstorff.

Kammerkonzert: Sonntag, den 17. April 1921, vorm. 11 Uhr im Parkhaus. Joseph Haas, Quartett in A-dur — Lieder von Schubert, Marx und Strauß — Ludwig Thuille, Sextett.
Ausführende: Theodora Haschke-Leisner, Berlin, (Gesang), das Treichler-Quartett (Treichler, Decker, Geistfeld, Busch), Rudolf Schulz-Dornburg, Schneeberg, Berg, Fischer, Burkhardt und Uhlein vom städt. Orchester.

Karten sind noch an der Konzertkasse im Stadttheater von vormittags 10—2 Uhr und eine Stunde vor Beginn jeder Veranstaltung zu haben.

Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp.

Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Bilanz vom 31. Dezember 1920.

Soll	ℳ	₰
Nicht eingezahltes Aktienkapital	—	—
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsscheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-Banken	88,888,878	26
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	625,866,901	82
Guthaben bei Banken und Bankfirmen	328,600,165	41
Vorschüsse gegen börsengängige Wertpapiere	216,778,097	67
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen	63,130,125	75
Eigene Wertpapiere	77,489,130	45
Beteiligungen an Gemeinschaftsgeschäften	26,327,551	80
Dauernde Beteiligung bei dem Bankhaus von der Heydt-Kersten & Sönne	25,000,000	—
Aussenstände in laufender Rechnung	876,519,687	99
Aval- und Bürgschaftsforderungen Mk. 227.346,611.65		
Forderungen an das Reich oder die Reichsbank aus für Rechnung derselben übernommenen Verpflichtungen	46,067,700	—
Bankgebäude	16,763,900	—
Einrichtungen	1	—
Sonstige Liegenschaften	1,110,001	—
	2 402,537,141	15

Haben	ℳ	₰
Eingezahltes Kapital	150,000,000	—
Rücklagen	41,500,000	—
Gläubiger	2,107,573,975	46
Akzepte und Schecks	40,211,453	29
Aval- und Bürgschaftsverpflichtung Mk. 227,346,611.6		
Für Rechnung des Reichs oder der Reichsbank übernommene Verpflichtungen	46,067,700	—
Rückstellung für Kriegssteuer	501,268	50
Rückstellung für Talonsteuer	808,726	—
Aktien-Dividende-Rechnung 1918/19	176,834	—
Aktien-Dividende-Rechnung 1920	15,000,000	—
Gewinn- und Verlust-Rechnung 1921	697,153	90
	2,402,537,141	15

Gewinn- u. Verlust-Rechnung vom 31. Dezember 1920.

Soll	ℳ	₰
Verwaltungskosten	63,641,582	15
Steuern und öffentliche Lasten	9,633,438	11
Abschreibung und Rückstellung	871,223	64
Reingewinn	39,718,193	62
	113,864,437	52

Haben	ℳ	₰
Vortrag aus 1919	183,997	57
Gebühren-Rechnung	42,201,802	75
Zinsen-Rechnung	66,207,047	38
Gewinn auf Wertpapiere	5,271,589	82
	113,864,437	52

Barmen, den 7. April 1921.

Die persönlich haftenden Gesellschafter:
Arioni, Hinsberg, von Rappard, Frhr. von der Heydt, Harney, Handel, Bendix.

Tonhalle

Heute, Freitag, Beginn
des erfolgreichen Roman-Films, welcher bisher erschienen ist

DER MANN OHNE NAMEN

nach dem weltberühmten Abenteurerroman v. Ed. Gerhard Seeliger

Peter Voss, der Millionendieb

1. Teil: Der Millionendieb

Fabelhaftes Abenteurer- und Sensationsdrama in 6 Akten

In den Hauptrollen:
Harry Liedke, Mady Christians, Paul Otto, Jacob Tiedtke, Lori Leux, Georg Alexander, Erich Kaiser-Titz, Edith Meller, Manja Tzatschewa.

Etwas noch nie dagewesenes beginnen wir mit den Aufführungen dieses brillanten Abenteurer- und Sensations-Filmes, welcher 6 Abteilungen umfaßt. — Die Autoren GEORG JACOBY u. ROBERT LIEBMANN stellten mit demselben die allergrößten Anforderungen sowohl an die Schauspieler, als auch an das Objekt. Georg Jacoby, welcher die Regie führte, besetzte die Rollen mit obigen hervorragenden Kräften. HARRY LIEDKE erreicht hierin einen bisher noch gehabten Erfolg! Die Aufnahmen für den Film verlangten von der bekannten Berliner Aktiengesellschaft UNION (UFA) eine förmliche Auslandsexpedition, denn die Aufnahmen wurden gedreht in: Kopenhagen, Amsterdam, Scheveningen, Rotterdam, Haag, Triest, Venedig, Ragusa, Cattaro, Sarajewo, Marokko, Tetuan, Xexauen, Larasch, Cadiz, Canarische Inseln, Algeciras, Sevilla, Toledo, Madrid, Barzelona, Mailand, St. Moritz, Zürich, München.

Vorführungs-Zeiten:

3½ Uhr | **6¼ Uhr** | **8¾ Uhr**

★

Hierzu zum ersten Male Original-Cowboy

Der schwarze Wolf!

und die Erben der Goldfarm — Wildwest-Reiterfilm in 5 Akten.

Stadttheater Bochum.
Freitag, 15. April, 7½—10 Geschl. Vorstellung f. d. Sängervereinigung.
Samstag, 16. April, 6—11 Außer Vormiete: „Die Jungfrau v. Orleans". Eine romantische Tragödie in 5 Aufzügen v. Fr. v. Schiller.

Operettentheater Bochum.
Heute und folgende Tage Anfang 7¾ Uhr: **Ein Walzertraum.** Operette in 3 Akten.
Sonntag, den 17. April, Anfang 7½ Uhr **Ein Walzertraum.**
Montag Anfang 7¾ Uhr **Ein Walzertraum.**
Dienstag Anfang 7¾ Uhr Geschl. Vorstellung der **Freien Gewerkschaften** **Ein Walzertraum.**
Karten sind beim Gewerkschaftskartell zu haben.
Wintergarten Künstlerspiele Heute Freitag geschlossen

Grobe Weizenkleie ist wieder eingetroffen. **A. Barenberg** Kreuzstr. 11

Haar-Netze echte China-Ware äußerst billig. T. H. Stratmann Mühlenstr. 8.

Auf Teilzahlung
Anzüge für Herren und Burschen
Covercoats — Regenmäntel, Cutaways — gestreifte Hosen, Kleider- und Blusen-Stoffe, Bettzeuge — Gardinen sowie sämtliche **Manufakturwaren**
Max Mischkowski Bochum, Brückstrasse 27.
Bequeme Abzahlungen

Benzin
für Personen- und Kraftwagen
Wetterlampenbenzin
Lötbenzin
sofort ab Tankanlage Essen greifbar.
Motorenbetriebsstoff-Ges. m. b. H. Essen
Telefon Nr. 525, 521, 528?.

C. O. Loer, Kammerjäger gerichtl. Sachverständ. u. Gutachter Friedrichstr. 2 Bochum, Telef. 9250

Die Rechtschutz-Stelle für Frauen u. Mädchen befindet sich Viktoriastraße 15. Sprechstunden: Montags u. Donnerstag 4—6 Uhr

Ein gutes Buch billig zu lesen
Leihbibliothek Friedrichstr. 26

Orig. Wills Goldflake wieder eingetroffen. Lager: Dorstenerstr. 55, 3. Etg. im Hause Kaffee Fuchs.

Fenster-Spiegel-Guss-Glas ab Lager schnellst. lieferbar **W. Schulte & Co.,** Bochum, Mittenerstr. 53, Fernspr. 3301

Hüte • Mützen • Schirme modern, solide, preiswert :: kauft man nur in der :: **Hut-Fabrik H. Kemner** Obere Marktstrasse 27.

Bettfedern u. Inletts in altbewährten Qualitäten, äußerst billig, wieder eingetroffen. **Ludwig Humborg, Bochum, Rosenstr. 2.** Aeltestes Bettfedern-Spezialhaus am Platze.

Auto-Oel liefert als Spezialöl in garantiert guter Qualität, fannen- u. faßweise, direkt ab Großlagerplatz: Carl Christian Held, Maschinenöl- u. Fettfabrik. — Filialleitung: Schmitten & Co., Zeche Präsident, Schacht 2, Einfahrt zum Lager Hofstederstraße.

Tragen Sie nur Merschs Naturhaar-Zöpfe und Haarersatz Größtes Haus am Platze. Enorme Auswahl. Billige Preise. Frisieren beim Einkauf in tageshellen Kabinen gratis. **Frau Mersch ::: Hochstraße 20.**

Weinstuben Knost Beste Küche Bochum, Hellwegstraße 19. Fernsprecher 3737

Meine Bürsten-, Pinsel- u. Scheuertücher-Fabrikation befindet sich jetzt **Weitmar, Wiemelhauserstr. 17** in den früheren Lagerräumen des Konsumvereins „Wohlfahrt". **Willy Straten.**

Anfertigung weisser und bunter Herren-Oberhemden mit und ohne Umleg-Manschetten in fachgemäßer u. pünktlicher Bedienung **Erstes Bochumer Wäsche-Atelier** **Auguste Becker** Klosterstr. 16 Erste Etage

lle
ginn
r erschienen ist
N
EN
. Gerhard Seeliger
nendieb
ndieb
ma in 6 Akten
, Jacob Tiedtke,
or - Titz, Edith
den Aufführungen
Filmes, welcher 6
COBY u. ROBERT
ößten Anforderun-
las Objekt. Georg
Rollen mit obigen
reicht hierin einen
für den Film ver-
esellschaft UNION
nn die Aufnahmen
m, Scheveningen,
Cattaro, Sarajewo,
Canarische Inseln,
Mailand, St. Mo-
en:
8¾ Uhr
Cowboy
Wolf!
lterfilm in 5 Akten.
ste Küche
Bochum,
lwegstraße 19.
nsprecher 3737
Inhaber
Inselstr. 11
Fabrikation
Hausstr. 17
Vereins „Wohlfahrt".
Straten.
d bunter
hemden
schetten in
Bedienung
e-Atelier
Klosterstr. 16
Erste Etage

Nr. 87. Zweites Blatt. Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher Rh.-Westf. Tageblatt 15. April 1921.

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Bochum, 15. April.

Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Westfalen und Lippe blieb auch in der Woche vom 3. bis 9. April bei der ungünstigen Entwicklung der Industrie unverändert schlecht. Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen mußten in verschiedenen Bezirken Westfalens und Lippes vielfach infolge Auftragmangels vorgenommen werden. Die Arbeitsmöglichkeiten für gelernte, im besonderen aber auch für ungelernte Arbeitskräfte haben sich nicht gebessert. Notstandsarbeiten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge werden überall in vollem Umfange fortgesetzt.

Die Landwirtschaft ist infolge der vorgeschrittenen Jahreszeit wie allmählich, stark aufnahmefähig. Es besteht eine rege Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften aller Art.

Die Metallindustrie zeigt keine Besserung der Lage. — Im Bergbau besteht nach wie vor ein Ueberangebot an ungelernten Arbeitskräften. — Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe blieb die Lage für Metzger und Bäcker unverändert schlecht.

♛ **Kommunalbeamten-Prüfung.** In den letzten Tagen fand an der Regierung zu Arnsberg unter dem Vorsitz des Regierungsrats von Wern eine Prüfung für mittlere Kommunalbeamte im Regierungsbezirk Arnsberg statt. Die erste Sparkassenprüfung bestanden die Sparkassen-Gehilfen: Johann Engels, Heinrich Freude, Aloys Wiesemann und Joh. Litz, sämtlich aus Wattenscheid. Die zweite Verwaltungsprüfung legte ab: der Verwaltungssekretär Gustav Sokolowski, Herne. Die erste Verwaltungsprüfung bestanden die Verwaltungsgehilfen: Ernst Liene, Linden-Dahlhausen, Hermann Mandel, Eickel, Arthur Drieger, Wanne, Hermann Foz Bochum, Karl Liebert, Wanne, Ernst Krauß, Wattenscheid, Fritz Raschc, Wanne und Johann Roos, Wanne.

⇜ **Mehr Selbständigkeit für die Postämter.** Einen Schritt auf dem Wege zur Verwaltungsreform hat jetzt das Reichspostministerium durch eine Verfügung getan, die die Befugnisse der Post-, Telegraphen- und Fernsprechämter wesentlich vermehrt. Nicht weniger als 98 namentlich aufgeführte Entscheidungen werden ihnen zur selbständigen Erledigung übertragen, darunter die Portoerstattung bei Inlandsendungen, die Niederschlagung uneinziehbarer Gebühren, die Entscheidung über Anträge auf Anbringung von Privatbriefkästen, die Annahme und Entlassung von Hilfsstelleninhabern, wenn keine Mehrkosten entstehen, der Bezug von Vordrucken, die Erteilung von Urlaub usw.

† **Gewerkschaftstag der Kommunalbeamten und Angestellten.** Der Verband der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens E. V., Bezirksgruppen: Rheinisch-Westfälisches Industriegebiet und Westfalen, veranstaltet am Sonntag, 17. April in Gelsenkirchen einen Gewerkschaftstag U. a. sprechen: Stadtrat a. D. Ehrmann (Berlin), Verbandsdirektor des gen. Verbandes, über „Aufgaben und Arbeiten des Verbandes"; Oberstadtsekretär Echterbig (Charlottenburg), Vorsitzender des Verbandes der Kommunalbeamten und Angestellten, über „Beamtenvertretungsgesetz (Beamtenräte und Beamtenkammern); Dr. Voelter (Berlin), Direktor des Deutschen Beamtenbundes, über „Beamtentum und Wirtschaft"; Bezirksdirektor Klinkenberg (Oberhausen), Geschäftsführer der Bezirksgruppe Rhein.-Westf. Industriegebiet, über „Die Arbeit unserer Bezirksgruppe".

⊔ **Falsch geleitete Anträge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.** Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene richten noch immer Eingaben an das Reichsarbeitsministerium, obwohl die Entscheidungsbefugnis in allen die Versorgung oder die soziale Fürsorge betreffenden Einzelfällen bei den Versorgungsbehörden oder den Stellen der sozialen Fürsorge liegt. Durch den Umweg über das Reichsarbeitsministerium wird die Bearbeitung der Eingaben verzögert und ein unnötiger Mehraufwand an Arbeit und Kosten verursacht. Den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wird deshalb in ihrem eigenen Interesse erneut angeraten, Anträge, Gesuche und Beschwerden in Renten- und Pensionsangelegenheiten an das Versorgungsamt, in dessen Bereich sie wohnen, in Unterstützungsangelegenheiten und Fragen der Beratung an die für ihren Wohnort zuständige Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene zu richten.

⇜ **Zur einmaligen Herstellung und Unterhaltung von Krieger- und Gefangenengräbern** hat das Reich Mittel zur Verfügung gestellt, aus denen Zuschüsse an Gemeinden, Kirchenverwaltungen, Vereine und Private gewährt werden können. Gesuche um Zuwendungen sind an das Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber in Berlin bezw. dessen Zweigstellen zu richten. — Der Volksbund für Kriegergräberfürsorge, E. V., ist in der Lage, zu Pfingsten deutsche Kriegergräber auf etwa 40 Friedhöfen in Frankreich und Belgien mit Blumen oder grünen Zweigen schmücken zu können. Die in Frage kommenden Friedhöfe werden in dem dieser Tage erscheinenden Aprilheft der „Kriegergräberfürsorge", der Bundeszeitschrift, bekanntgegeben.

—* **Zur Wormsfeier** wird uns geschrieben: Die Vorbereitungen der evangel. Kirchengemeinde Bochum-Altstadt und der Melanchthongemeinde sind nun fast abgeschlossen. Sie versprechen ein schönes Fest. Möchte dafür schönes Wetter beschieden sein, damit besonders der Festzug stattfinden kann. Er soll ein Bekenntnis der Evangelischen zu ihrer Sache sein. Der Festausschuß hat in zahlreichen Sitzungen das Seine getan. Nun sind die evangelischen Gemeindeglieder daran, das Ihre zu tun.

* **Die 7. Kammermusikveranstaltung des städtischen Orchesters** bringt die als zweit- und letzte vorgesehene Einführung heute, Freitag, abend, in der Rudolf Schulz-Dornburg über die wachsende Bedeutung eines neuen Kammerstils sprechen wird. Der Abend dürfte besonderes Interesse durch die Aufführung des „Siegfried-Idylls" von Richard Wagner beanspruchen, das in der von Wagner vorgesehenen Urfassung für Kammerorchester, also nur von 16 Herren, vorgetragen wird. Die Einführung beginnt abends um 8 Uhr im Parkhaus. (S. Anzeige.))

* **Vertagte Beratungen.** Die Vorlagen über Musikinstrumenten-, Kraftwagen-, Hausangestelltensteuer kommen, wie das Volksblatt berichtet, in der heutigen Stadtverordnetensitzung noch nicht zur Verhandlung. Ebenso dürften die vom Magistrat zur Deckung des Fehlbetrages von 3 Millionen Mark aus dem Etat von 1920 vorgeschlagenen Erhöhungen der Grund-, Gewerbe-, Betriebssteuer usw. noch nicht zur Erledigung kommen. Nach dem genannten Blatt plant der Magistrat nach reiflicher Erwägung für die übernächste Stadtverordnetensitzung die Vorlegung einer Vorlage über die Förderung des Wohnungsbaues für die Allgemeinheit.

* **Die Gebühren für Erteilung von Auskünften** an Private in meldeamtlichen Angelegenheiten sind mit Wirkung vom 1. April 1921 an von 50 Pfg. auf 1 Mark für den einzelnen Fall erhöht worden.

* **Ueber die Beschäftigung von Lehrlingen in Bäcker- und ähnlichen Betrieben** hat der Minister für Handel und Gewerbe in Berlin bestimmt: „Auf Grund des § 128, Abs. 2 der Gewerbeordnung verordne ich hiermit für den Umfang des preußischen Staates: Im Bäckerei-, Konditorei- und Pfefferküchlergewerbe in Brotfabriken, Kekfabriken und allen sonstigen Betrieben und Anstalten, in denen Backwaren gewerbsmäßig hergestellt werden, darf nur je ein Lehrling eingestellt und beschäftigt werden. Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf Betriebe, in denen bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits mehrere Lehrlinge gehalten wurden. Neueinstellungen von Lehrlingen dürfen in solchen Betrieben erst erfolgen, wenn die vorhandenen Lehrlinge sämtlich ausgelernt haben, oder sonst in rechtsgültiger Weise aus dem bestehenden Lehrverhältnis ausgeschieden sind. Alsdann dürfen auch Betriebe dieser Art nicht mehr als einen Lehrling halten. Mehrere von demselben Unternehmer an einem Orte betriebene Werkstätten, Einrichtungen oder Fabriken, oder ein Betrieb mit mehreren Zweigstellen auch wenn diese nicht nur Verkaufsstellen sind, sondern mit Werkstatteinlagen verbunden sind, sind im Sinne dieser Anordnung als ein Betrieb zu behandeln. Das Gleiche gilt für den Fall, daß von einem Unternehmer am selben Orte mehrere der unter diese Verordnung fallenden Gewerbe, z. B. Bäckerei und Konditorei, betrieben werden. In besonders dringenden Ausnahmefällen kann die Einstellung eines zweiten Lehrlings zugelassen werden. Diese Bestimmungen treten mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft und gelten zunächst bis zum 30. September 1923."

\# **Zum Gedächtnis der entschlafenen ehemaligen Kaiserin** findet am Samstag 8 Uhr in der Christuskirche ein Trauergottesdienst statt, zu dem die evang. Kirchengemeinde Bochum-Altstadt einladet.

* **Die Frist zum Bezuge der verbilligten Textilien.** Aus Dortmund wird gemeldet: Das Reichs- und Staatskommissariat teilt mit, daß die Frist zum Bezuge der verbilligten Textilien, die am 15. April abläuft, bis zum 30. April verlängert wurde. Nach diesem Zeitpunkt verliert die Bezugsberechtigung ihre Gültigkeit.

* **Vom Tage.** Die Postwagen der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn bekommen jetzt allmählich ein anderes Kleid, damit sie für das Publikum leichter erkenntlich sind. Der zur Zeit fertiggestellte Wagen präsentiert sich in feldgrauem Farbton und trägt an der Längswand in großen Lettern die Aufschrift „Postwagen".

* **Hilfsbund der Elsaß-Lothringer.** In dem von uns in der gestrigen Nummer gebrachten Bericht betr. Einrichtung einer Spruchkammer in Bochum ist uns insofern eine Unstimmigkeit unterlaufen, daß der Feststellungsausschuß in Gerthe bei der Beratung am Mittwoch nicht vertreten war. Die Besprechung ging lediglich vom Hilfsbund aus. Nicht der Feststellungsausschuß, sondern die Landesgruppe Westfalen war vertreten durch ihren Vorsitzenden und den in Gerthe wohnenden Geschäftsführer.

⇜ **Polizeibericht.** Zur Anzeige gelangte: eine Person wegen Uebertragung des § 361,6 R.-Str.-G.-Bs. — Festgenommen wurde eine Person wegen Betrugs. — Festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt wurde ein Handlungsgehilfe, der fortgesetzt seine Prinzipale bestohlen und das Geld in leichtfertiger Weise verausgabt hat. — Weiter wurde

Die Schlagwetterexplosion auf Constantin 6/7

\# Bochum, 15. April.

Das Unglück auf Zeche ver. Constantin d. Gr. 6/7 hat gestern noch zwei Todesopfer gefordert. Im Bergmannsheil sind die schwerverletzten Bergleute Kalwa und Jenau gestorben. Andere Schwerverletzte schweben noch in Lebensgefahr.

Der Bericht über die amtliche Untersuchung

des Unglücks lautet:

Schon die am Unfalltage gegebene Mitteilung ließ vermuten, daß Kohlenstaub nur in geringem Umfang an der Explosion beteiligt sei. Die heute vorgenommene Befahrung der Unfallabteilung durch Vertreter des Ministeriums, des Oberbergamts und des Betriebsrats sowie die Vernehmung der überlebenden Augenzeugen ergab folgendes:

Der Herd der Explosion ist auf Ort 5 Osten des Flözes Sonnenschein in einer Auskesselung der Kohle, etwa 8 Meter vom Bremsberg, in der Strecke des Flözes Sonnenschein zu suchen. Aus der etwa einem Meter mächtigen Oberbank des Flözes ist die Kohle etwa ½ Meter ausgeschlagen und die dadurch entstandene Auskesselung war bei der heutigen Befahrung mit Schlagwettern voll angefüllt. Dies Vorkommnis ist an und für sich auch bei wenig Schlagwetter führenden Flözen nichts Auffallendes, da die leichten Grubengase sich in die höchsten Hohlräume verflüchtigen, und dort, vor dem Wetterzug geschützt, sich ansammeln. Man kann sie aus diesen Hohlräumen nur durch Sonderbewetterung entfernen. Die Aussage eines Beteiligten ergibt nun, daß gerade unter dieser Stelle drei Zimmerhauer arbeiteten, um dort die Strecke neu zu verbauen. Hierbei hatte einer derselben seine Lampe hoch an die Streckenfirste an ein Holz gehängt, um seine Arbeit besser übersehen zu können. Die allmählich sich ansammelnden Schlagwetter drangen immer näher an die Lampe heran, eine unglückliche Bewegung der arbeitenden Leute warf die Lampe herunter, und nun besteht die Möglichkeit, daß die Lampe bei dem erhaltenen Stoß durchschlagen wurde, wobei die im Inneren der Lampe brennende Flamme durch den Drahtkorb hindurch geweht wird oder, daß einer der Leute auf seiner Arbeitsbühne die zu Boden gefallene Lampe wieder angesteckt hat, wobei sehr leicht ein Durchschlagen der Flamme erfolgt. Da die ganze Schachtanlage, auch das in Frage kommende Flöz Sonnenschein, dort bei den regelmäßigen vierteljährlichen Untersuchungen niemals einen Grubengasgehalt von einzehntel Prozent erreicht hat, so kann man dem betreffenden Hauer keinen Vorwurf machen, daß er die Lampe auf der Arbeitsbühne oder Fahrt angezündet hat, da er nichts Böses ahnen konnte.

Die Explosionsflamme schlug dann in den Abteilungsquerschlag herunter und in die einzelnen Strecken hinein. Eine Kohlenstaubexplosion ist dabei an keiner Stelle nach dem Ergebnis der Befahrung eingetreten, da erhebliche Koskrusten sich nirgends fanden. Die gefundenen Koksperlen sprechen vielmehr nur dafür, daß die Flamme, wo sie Koksstaub vorfand, denselben versinterte. Explosibler Kohlenstaub ist also garnicht vorhanden gewesen, was auch durch den völlig unversehrten Zustand der ganzen Abteilungsstrecken bewiesen wird. **Die große Anzahl der Toten unter der betroffenen Belegschaft erklärt sich aus dem Auftreten der giftigen Nachschwaden, die bei einer Gasexplosion genau so auftreten, als wenn Kohlenstaub explodiert.** Eine neue Erzeugung von Nachschwaden durch eine Explosion des Kohlenstaubes in den verschiedenen Strecken ist auch deshalb nicht wahrscheinlich, weil es sämtlichen Leuten gelungen ist, von ihrer Arbeitsstelle noch mehr oder weniger weit zu flüchten. Gegen die Entstehung der Nachschwaden hilft auch die Berieselung nichts. Es ist richtig, daß der Zeche die Berieselung in den in Frage kommenden Flözen vom Oberbergamt nachgelassen worden ist, aber nicht nur während der Kriegszeit, sondern noch im Jahre 1920, weil die ganzen Flöze für gewöhnlich auffallend wenig Schlagwetter führen und die Kohle sowie das Nebengestein soviel natürliche Feuchtigkeit aufweisen, daß am Hangenden sich Tropfen bilden. Diesem Zustand der Gebirgsfeuchtigkeit ist es wohl auch zuzuschreiben, daß der Kohlenstaub bei der Explosion nicht mitgewirkt hat. Eine Beschränkung der Explosion auf ihren Ursprungsherd konnte bei der in der Auskesselung stehenden Schlagwettermenge von 1 bis 2 Kubikmeter auch bei der besten Berieselung nicht erreicht werden. Ferner ist durch die Aussagen sämtlicher Beteiligten festgestellt worden, daß nur ein Explosionsstoß mit dem notwendig folgenden Rückschlag und kein zweiter verspürt worden ist. Jede weitere Explosion des Kohlenstaubes hätte einen weiteren Luftstoß verursachen müssen.

Bei dem traurigen Ereignis, was 15 Tote gefordert hat, handelt es sich um eine unglückliche Verkettung verschiedener Umstände, aber nicht um eine Nachlässigkeit den Sicherheitsvorschriften gegenüber, weder von Seiten eines Bergmanns, noch der Grubenverwaltung.

Die Kinder des Herrn von Harthausen.

Roman von Hanns von Zobeltitz.

10) (Nachdruck verboten.)

Harthausen sah deutlich, wie Franz wieder unter den roten dicken Augenlidern hervorblinzelte.

„Schade, der olle Kitschmaler! Aber natürlich: das dumme Publikum reißt sich ja um seine Schinken. Er kann gut und gern solch 'nem Modell jede Extrawurst zuwenden, und die Martha . . . na, die sieht doch in erster Linie auf die Moneten, in zweiter auf den Kassenschein und in dritter aufs Geld."

Das Blut stieg Egbert ins Gesicht. Er konnte nicht anders, er mußte seine Liebe verteidigen. „Kam's nicht hier mal zur Sprache, daß sie für einen gelähmten Bruder zu sorgen hat? Das erklärt doch vieles," sagte er hastig.

„N—ja. Mag ja sein." Franz legte die Arme unter den Kopf, sah zur Decke empor und schob bedachtsam die Zigarre erst aus dem rechten in den linken und dann aus dem linken in den rechten Mundwinkel. Mit einem Male aber fuhr er hoch, reckte die Hände zum Himmel. „Was spielen wir übrigens Komödie? Wissen Sie, Harthausen, wir haben Sie eigentlich bedauert. Denn natürlich — der Carlos witterte schon lange Lunte. Ich dann auch. Und 's tut einem leid, wenn so 'n netter lieber Mensch — verzeihen Sie! — wenn also so 'n armer guter Kerl an der Nase herumgeführt wird. Nämlich die Martha . . . ich hab' das gleich herausgefühlt, die hat 'n falschen Ton . . . das ist eine, die geht aufs Ganze. Pfarrer oder mindestens Standesamt."

„Aber Franz . . . du Ziegenbock . . .!" rief Carlos.

„Ach was! Ich hatte mir längst vorgenommen, das mal dem Leutnant zu stecken, denn mich ärgert's blutig. Ja, wenn bei dem Mädel noch große Leidenschaft wäre oder auch nur wirkliche Liebe — aber nix, nix von alledem. Schlechtweg: versorgt will sie werden —"

Alles Blut war aus Egberts Gesicht gewichen, und dabei fühlte er, wie es ihm durch die Adern raste und das Herz immer stärker pochen machte. Also der Atelierklatsch hatte sich schon an seine Person gehängt und an Martha. An die Aermste! Gräßlich das! Auch für ihn.

Zuerst war es ihm, als müßte er heftig entgegnen, diesen Menschen dort mit dem unausstehlichen roten Bart in seine Schranken zurückweisen. Was ging das alles diese beiden an? Diese Zigeuner! Aber gleich kam die Ueberlegung: eigentlich meinen sie's doch gut. Daß sie von ihrem leichtfertigen Standpunkt aus urteilen, muß man ihnen nicht anrechnen. Und dann kennen sie Martha ja auch nur oberflächlich, können in ihr gar nichts anderes sehen als das schöne Mädchen, das brauchbare Modell —

Tief schöpfte er Atem. „Ich kann Fräulein Knutowen nur noch höher schätzen, wenn es sich wirklich so verhält, wie Sie sagen. Oder richtiger — ich habe nie etwas anderes vorausgesetzt —" sprach er ernst.

So ernst, daß es Eindruck machen mußte. Anders freilich wohl, als er geglaubt hatte. Beide Vettern sahen ihn erstaunt, fast erschrocken an. Sprachlos.

„D—ja . . . so . . ." brachte Carlos endlich verlegen heraus. Aus dem Gesicht des andern war jeder mephistophelische Zug ausgelöscht. Er blickte geradezu mitleidig, drückte und wickelte an seinem langen Glimmstengel und meinte halblaut: „Verdammtes Kraut — das —"

Eine peinliche Stille entstand. Carlos schenkte die Gläser voll, aber niemand trank.

Die beiden Maler wechselten einen Blick des Verständnisses. „Armes Kerlchen" — Sie wußten nur zu gut aus den eigenen Kreisen, was eine Heirat mit einem Modell bedeutete. Manchmal schlug's ja glücklich aus, aber wie selten! Und sie ahnten wenigstens, wie viel bedeutungsvoller solch ein Schritt für einen jungen Offizier sein mußte; daß er einen Einschnitt in dessen ganzes Leben riß, so tief und breit, daß er wohl kaum je zu überbrücken war.

Harthausen war aufgestanden. Er sehnte sich hinaus. Hinweg aus diesem raucherfüllten Raum, in die freie Gottesluft. Den Atem schnürte es ihm hier ab.

Nun kamen sie beide auf ihn zu, als hätten sie etwas gut zu machen. Franz hatte eine musikalische Schnurre, die er notwendigerweise noch vortragen mußte, mit Begleitung auf dem Kamme gepfiffen; Carlos holte aus der Truhe einen Kognak — „zum Abgewöhnen". Sie lachten beide krampfhaft, warfen sich die gröbsten Schimpfworte zu, benahmen sich wie Zirkusklowns. Und dann, in der Tür, preßten sie seine Hand, als ob sie ihm etwas abzubitten hätten.

Langsam und schwer stieg er die Treppen hinab zu seiner Wohnung. Es war ihm, als hätten die beiden dort oben ihm eine Kette angelegt, die bei jedem Schritt hinter ihm herklirrte. Er fühlte sich tief verletzt. Nicht durch die Worte; eigentlich hatten die Martha ja nur das ehrenhafteste Zeugnis ausgestellt. Aber hinter den Worten stand etwas anderes, das schnöde: solch Mädel liebt man wohl, aber man heiratet es nicht! Und er wußte: wenn diese beiden Bohemiens so dachten, wie würde die Welt urteilen?!

Im Grunde meinte er sich ja längst mit dem Urteile der Welt — dieser sogenannten Welt — abgefunden zu haben. In den Stunden des Tagens waren in ihm oft Worte des Vaters aufgeklungen. Der sprach gerne von der geistigen Höhe und Freiheit der Renaissancemenschen, vom Recht der Persönlichkeit, von der Pflicht und Kunst, sich das eigene Leben zum eigenen Glück zu gestalten. Was wollte er denn mehr? Glück wollte er durch Liebe — Jubelnd wollte er alles auf sich nehmen: Arbeit, Pflichten, Lasten . . . auch dies Urteil der Welt. Mußte diese Welt sich nicht bekehren lassen? Wenn sie nur sah, wie schön Martha war, wie gut, wie edel . . .

Die große, schmerzlich-süße Sehnsucht überkam ihn wieder. Aufschreien hätte er mögen.

So schrieb er an Martha. Fast täglich schrieb er ja — und bekam nie eine Antwort. Aber das hatte sie ihm im voraus mit ihrem ablehnend-verheißungsvollen Lächeln gesagt: „Ich freue mich über die schönen Briefe. Ich hebe sie alle auf. Aber ich antworte nicht. Nein — nein! Das tue ich nicht!"

Und dann schrieb er an den Paten. Zum zehnten Male wohl schon, immer das gleiche: „Hab' Erbarmen. Ich verzehre mich vor Ungeduld."

*

Am andern Tage war Liebesmahl im Kasino. Es waren viele alte Herren anwesend, und der Zufall fügte es, daß Egbert nach Tisch im Kaffeezimmer ein paar Worte auffing, die ihn in Erstaunen setzten.

Er hörte, wie ein verabschiedeter Oberst fragte: „Warum mag denn unser dicker Grumberg heute nicht gekommen sein?" und die Gegenfrage: „Aber ist der denn hier? Ich denke, der macht Baden-Baden noch unsicher?"

„Bewahre." Ein joviales Lachen. „Gestern bin ich ihm Unter den Linden begegnet. Frisch wie ein Fisch im Wasser. Ganz der Alte, immer mit dem Monokel nach den hübschesten Mädels schielend . . ."

„Alter Sünder —"

Also Onkel in Berlin? Seit Tagen vielleicht schon. Ohne ihn zu benachrichtigen, ohne ihn zu sich zu rufen, ohne irgendwelche Schritte für ihn zu tun! Unverständlich war's. Bis zur Fieberglut steigerte es Egberts Unruhe.

Er hatte einen ärgerlichen Tag hinter sich. Solch einen Tag, der auch einen ruhigen, gesunden Menschen zur Verzweiflung bringen kann, einen Tag, an dem hundert kleine Nadelstiche empfindlicher machen, als es vielleicht ein Unglück täte. Eine schlaflose Nacht, Verdruß mit dem Burschen, Aerger im Dienst; dann bei Tisch allerlei an sich harmlose Neckereien der Kameraden über sein verändertes Wesen, seine Verstörtheit. „Bertchen, der Schwärmer," hieß es hier; „Marquis Posa," hieß es dort, „was träumen Euer Gnaden?" — „Gedankenfreiheit für unser Bertchen!" hatte ein dritter gerufen. In seiner Stimmung nahm er das alles wuchtiger, als es war — um so mehr, da er sich waffen- und wehrlos fühlte. Trotzdem hatte er sich immer wieder zu einer, freilich gekünstelten Ueberlegenheit durchgerungen: Laßt sie doch reden! Was wissen sie von dem Glück, das deiner harrt?

Und nun dieser Schlag —

(Fortsetzung folgt.)

festgenommen ein Kriegsbeschädigter, der recht leichtfertig gelebt und unbefugt Schecks ausgeschrieben und in Zahlung gegeben hat. Da er noch eine in der Revolutionszeit verwirkte, mehrmonatige Gefängnisstrafe zu verbüßen hat, wurde er dem Amtsgericht zugeführt.

Aus dem Landkreise Bochum.

Weitmar, 14. April. In der Neuwahl des Presbyteriums der evang. Gemeinde wurden gewählt: 1. für den Bezirk Weitmar: Rentner Wilhelm Döhmann, Oststr. 12, Landwirt Otto Stens, Oststr. 50, und Rektor Karl Forwick, Schulstr. 45; 2. für den Bezirk Weitmarmark: Kohnlenverwalter H. Kindermann, Prinz-Regentstr. 32, und Rechnungsführer Johann Struck, Karlstr. 3; 3. für den Bezirk Eppendorf: Landwirt Heinrich Backhaus, Weitmarerstr. 22, Knappschaftsbeamter August Schlett, Gvaldstr. 3, und Landwirt Theodor Ebke, Höntrop, Westfeldmark 25. Die Einführung wird Sonntag, 24. d. M., nach dem Hauptgottesdienst stattfinden. Das Presbyterium hat Pastor Görtz mit der Bildung eines Ausschusses zur Beschaffung von neuen Kirchenglocken beauftragt.

Altenbochum, 14. April. In der Sitzung der Gemeindevertretung wurde beschlossen, das Friemann'sche Grundstück an der Wasser- und Kanalstraße für Siedlungszwecke zu erwerben bezw. für den Siedlungsverband bereit zu stellen. Dieser beabsichtigt dort eine Anzahl Ein- und Zwei-Familienhäuser mit etwa 36 Wohnungen für Bergleute zu errichten. Die Kleinsiedlungsgenossenschaft Altenbochum beabsichtigt an der Wilhelmstraße eine Anzahl Häuser zu bauen und hatte hierfür ein Gemeinde-Darlehen beantragt. Diese Häuser sollen nach einem ganz neuen, zur Patentierung angemeldeten Verfahren des Architekten Oberlehrer Klippahn aus Essen errichtet werden. Letzterer will nach seinem Verfahren ein durchaus solide gebautes Wohnhaus mit 8 Zimmern unter Heranziehung des späteren Eigentümers zur Arbeitsleistung für 50 000 Mk. errichten. Die Gemeindeväter konnten hierfür den rechten Glauben nicht finden und so genehmigten sie zunächst nur die Errichtung von vier Häusern und bewilligten hierfür das Gemeindedarlehen. Ferner wurde beschlossen, seitens der Gemeinde ebenfalls 20 Wohnungen zu errichten, um die drückende Wohnungsnot in etwa zu beheben. Für ein von dem Unternehmer Werner an der Amtsstraße zu errichtendes Wohnhaus wurde ebenfalls das Gemeindedarlehen unter besonderen Bedingungen bewilligt. Die Errichtung eines Licht-Luftbades wurde um ein Jahr vertagt. Die Gebührensätze für Herstellung der Gräber auf dem Friedhof wurden wie folgt festgesetzt: Für Herstellung eines Grabes für Erwachsene 30 Mk., für Kinder 20 Mk. Als Schiedsmann wurde an Stelle von Herrn Döhmann, dessen Amtsperiode am 26. Juni cr. abläuft, Herr Staatsanwaltsassistent a. D. Susstedk gewählt. Die Lustbarkeitssteuerordnung wurde dahin abgeändert, daß vom 15. Mai cr. ab sich sämtliche Sätze um 50 Proz. erhöhen.

Gerthe, 14. April. Festgenommen wurden die drei Bergleute von hier, die in Castrop durch Einbruch 18 Paar Schuhe gestohlen haben. — Strafbar. Bei der nun beginnenden Frühjahrsbestellung werden Kohlreste, Steine und sonstiger Unrat auf die Straßen und öffentlichen Wege geworfen. Dieses ist strafbar. Die Beamten sind angewiesen, jede Uebertretung der gedachten Art zur Anzeige zu bringen. Dann wird auch noch darauf hingewiesen, daß das Abbrennen der Grünflächen an öffentlichen Straßen und Plätzen verboten ist. — Waffenfund. Bei einer aus Anlaß eines Diebstahls vorgenommenen Durchsuchung wurden bei einem Bergmann eine geringe Anzahl Gewehrpatronen und bei zwei weiteren je ein Revolver mit Munition gefunden. — Fortbildungsschule. Das neue Schuljahr für die hiesige gewerbliche Fortbildungsschule begann mit dem 13. d. Mts. Zum Schulbesuche sind verpflichtet alle in der Gemeinde Gerthe nicht nur vorübergehend beschäftigten gewerblichen Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge usw.) im Handwerks- und Fabrikbetriebe, einschließlich der auf Zechen beschäftigten gewerblichen Arbeiter unter 18 Jahren. Die Anmeldung der neu eintretenden Schüler hat am Montag, 18. d. Mts., nachmittags von 5—7 Uhr in der evang. Schule an der Heinrichstraße zu erfolgen.

Aus der Nachbarschaft.

Herne, 14. April. 15 Meter Querschlag zusammengestürzt. Beim Ausfahren der Morgenschicht ereignete sich gestern im Schacht 2 der Zeche „Friedrich der Große" ein Unglücksfall, der sehr leicht verhängnisvoll werden konnte. Kurz nachdem der letzte Bergarbeiter die betreffende Stelle passiert hatte, sind etwa 15 Meter Querschlag in sich zusammengestürzt. Der Grubenbetrieb stockte für kurze Zeit.

Wanne, 14. April. Zur Erhaltung des Hertener Waldes, einer ausgedehnten Grünfläche nördlich des Kanalhafens Wanne-Herne, dessen Bestand als Erholungsplatz für die Bevölkerung gefährdet war, sind auf Veranlassung des Ruhrsiedelungsverbandes bereits Verhandlungen im Gange. Die Frage dürfte im Interesse der Allgemeinheit geregelt werden.

Aus den Provinzen.

Königssteele, 14. April. Wirtschaftsverkauf. Das Hotelrestaurant „Zum deutschen Hof" in der Berliner Straße hierselbst (bisheriger Inhaber Wilhelm Merle) ist käuflich in das Eigentum des Restaurateurs Herrn Josef Billing aus Recklinghausen übergegangen.

Recklinghausen, 14. April. Waldbrand. In der Hohenhorster Heide unweit des Forsthauses war, vermutlich durch spielende Kinder, ein Waldbrand ausgebrochen, dem ein beträchtlicher Teil der Schonung zum Opfer gefallen ist. Die Weiterverbreitung des Feuers wurde durch die Wehren von Recklinghausen-Altstadt, Ost, König Ludwig, der Zeche „Recklinghausen 2" und der Sipo vereitelt.

Lüdinghausen, 14. April. Folgenschwere Explosion. Eine folgenschwere Explosion ereignete sich abends gegen 9 Uhr im Hause Teichstraße 7 im benachbarten Selm. Eine mit einem gefährlichen Sprengstoff versehene Flasche, die die Frau eines Bergmanns, der an dem betreffenden Abend die oberen Zimmer der Wohnung beziehen wollte, als „Wasserflasche" ansah und in dem Bratofen des Herdes erwärmen wollte, explodierte dort plötzlich unter furchtbarem Knall. An dem Hause wurden große Zerstörungen verursacht. Eine Dachfläche des Hauses ist fast ganz abgedeckt, die Wände sind zum Teil zertrümmert und schwer beschädigt. Mann und Frau erlitten erhebliche Brandwunden, ein sechsjähriges Kind ist schwer verletzt. Die Flasche soll vor einigen Jahren von einem Flieger gekauft worden sein.

Koblenz, 14. April. Der Vaterl. Frauenverein hat, um das Andenken der verstorbenen Kaiserin zu ehren, dem Oberbürgermeister 5000 Mk. zur Verwendung für kranke und erholungsbedürftige Koblenzer Kinder überwiesen.

Einbruchsdiebstahl im Weimarer Museum

In der Nacht vom Samstag zum Sonntag ist das Weimarer Museum von Einbrechern heimgesucht worden, denen ein Rembrandt (Selbstbildnis), ein Terbroch, ein Gerard, ein Netscher, sowie ein Tischbein in die Hände fielen. Der entstandene Schaden wird auf einige Millionen Mark geschätzt. Die Diebe waren an einem Blitzableiter des Museums emporgeklettert, haben dann ein Fenster des oberen Stockwerks entfernt und sind so in das Innere eingedrungen; sie haben sich offenbar auf dieselbe Weise wieder entfernt. Es fehlt bisher von ihnen jede Spur. Die Bilder sind vorsichtig aus dem Rahmen gelöst worden. Der Rembrandt ist Privatbesitz des ehemaligen Großherzogs von Sachsen-Weimar, der das Bild im Jahre 1909 dem staatlichen Museum als Leihgabe überlassen hatte. Es wird sich nun darum handeln, ob der Staat gegenüber dem Großherzog regreßpflichtig ist, um so mehr, als die republikanische Regierung nicht das geringste zur Bewachung der Kunststätte in Weimar getan hat, obgleich wiederholt in der Presse darauf hingewiesen worden ist. Unter der alten Regierung wurde das Museum durch Militärposten bewacht. Bei der Weltbekanntheit des Rembrandtbildes kann nach Ansicht der Museumsleitung ein Ankauf durch eine öffentliche Galerie, ein Museum nicht in Betracht kommen.

Sport.

Eine internationale Sportwoche des Spielvereins „Viktoria"-Recklinghausen.

Sk. **Recklinghausen**, 13. April. Der rührige Spielverein Viktoria Recklinghausen, der durch seine großen Veranstaltungen weit über die Grenzen Westdeutschlands bekannt ist, veranstaltet in der Zeit vom 25. Juni bis 3. Juli eine internationale Sportwoche, die zu den größten Veranstaltungen Deutschlands gehört. Den Ehrenvorsitz der Veranstaltung hat Oberbürgermeister Hamm-Recklinghausen übernommen. Die Eröffnung der Sportwoche findet am 25. Juni im Stadttheater Recklinghausen durch einen Gesellschaftsabend statt, bei dem bekannte Solisten aus Wiesbaden und Mainz mitwirken. Am Nachmittage beginnen die Tennistourniere, woran sich bekannte Tennisspieler aus Deutschland und Holland beteiligen. Am Sonntag, den 26. Juni, ist eine Fortsetzung der Tennistourniere, die am 27. Juni ihren Abschluß finden. Am 28. Juni werden große Fußballwettspiele ausgetragen; so spielen vormittags, die 3. und 4. Mannschaft des Spielvereins Viktoria gegen die gleichen Mannschaften von Bochum 1848. Nachmittags 2 Uhr tritt die 1. Schülermannschaft Viktorias der 1. Schülermannschaft des Essener Turnerbundes und hieran anschließend die Ligareservemannschaft Viktorias der Ligareservemannschaft des Kölner Ballspielklubs gegenüber. Den Höhepunkt erreichen die Fußballspiele mit einem Spiel der spielstarken Ligamannschaft Viktorias gegen den Ferenczvarosi Trenaclub Budapest. Am Montag werden außer den Tennistournieren Handballspiele zwischen Viktoria Recklinghausen und Sportklub 08 Münster ausgetragen. Der Dienstagnachmittag in den leichtathletischen Jugendwettkämpfen der Jugend geweiht. Nach Schluß der Wettkämpfe trägt die Alte-Herrenmannschaft Viktorias ein Fußballwettspiel gegen die Alte-Herrenmannschaft des Sportvereins Hamm aus. Mittwoch (Peter und Paul) beginnt morgens mit einem Hockeytournier zwischen Preußen-Duisburg, Köln 99, Essener Turnerbund und Sportklub Münster. Die beiden Sieger aus diesen Ausscheidungsspielen treffen sich nachmittags im Endspiel. Hieran anschließend spielt die Ligamannschaft Viktorias gegen den Fußballklub St. Gallen-Schweiz. Donnerstag und Freitag werden Schlagball-, Faustball- und Tambourinballspiele und Samstag leichtathletische Damenwettkämpfe unter Beteiligung der bekanntesten Leichtathletinnen Westdeutschland ausgetragen. Ihren Abschluß findet die Sportwoche am Sonntag, den 3. Juli, mit internationalen leichtathletischen Wettkämpfen, die die beste Beteiligung aufweisen, die im Reiche bisher aufzuweisen ist. Neben der besten Klasse aus Westdeutschland sind auch „Eintracht"-Frankfurt mit der deutschen Meisterschaftsstaffel, „Sportklub Charlottenburg", Hamburger „Sportverein" mit dem deutschen Meister Reinhardt am Start. Von Ausländern liegen Meldungen von dem Wiener „Athletiksportklub", „Blauw-Wit"-Amsterdam und „Amsterdamsche Athletikklub" vor. Es ist aber mit einer weiteren Teilnahme des In- und Auslandes zu rechnen. Das ganze Programm wird für Deutschland ein sportliches Ereignis bedeuten. Die neue Platzanlage der Viktoria mit Tribüne und zwei großen Fußballplätzen und einer tadellosen 400-Meter-Aschenlaufbahn werden der Veranstaltung ein vorzügliches Gepräge geben.

Wetternachricht.

Freitag, 15. April. (Amtl.) Veränderlich, zeitweise trübe mit Regen, Temperatur sinkend.

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zeile 1.— M. bei Vorauszahlung

Christlicher Metallarbeiterverband Bochum.

Vertrauensmänner-Versammlung. Samstag abend 6 Uhr wichtige Betriebsräte- und Vertrauensmänner-Konferenz bei Schatz, Ecke Obere Marktstraße und Schützenbahn.

Gesangabteilung. Sonntag abend 7½ Uhr außerordentliche Generalversammlung bei Wilmes (früher Arnold Fiege), Obere Marktstr.

Sektion Maarbrücke. Sonntag morgen 11 Uhr Mitgliederversammlung bei Ranft, Wattenscheiderstraße.

Sektion Weitmar Nord. Sonntag nachm. 4 Uhr Mitgliederversammlung bei Middelmann, Essenerstraße.

Sektion Griesenbruch. Sonntag abend 5 Uhr Vertrauensmännersitzung, 6 Uhr Mitgliederversammlung bei Schiffmann, Moltkemarkt.

Sektion Weitmar. Sonntag abend 6 Uhr Mitgliederversammlung bei Pollerberg, Schulstraße.

Hilfsbund der Elsaß-Lothringer, Ortsgruppe Bochum. Sonnabend, den 16. April 1921, abends 7 Uhr, Monatsversammlung bei Morjan, Alleestraße 54.

Fleischverteilung.

Am Samstag, den 16. April 1921, wird im hies. städt. Schlachthofe minderwertiges Fleisch verkauft.

Es erhalten nur Fleisch die in die Kundenliste des städt. Schlachthofes eingetragenen Kunden und zwar mit dem Anfangsbuchstaben:

U. V. W. Z. A. morgens von 8—9 Uhr und B. C. morgens 9—10 Uhr.

Das Warenausweisheft ist mitzubringen. Es werden für Erwachsene 300 Gramm und für Kinder 150 Gramm Fleisch verabfolgt.

Die Schlachthofdirektion.

Bekanntmachung.

Morgen, Samstag, den 16. April, vormittags 10 Uhr werden im hiesigen Güterboden folgende Waren öffentlich meistbietend gegen bar verkauft:

19 Stück Blusenstoffe zu je 30—40 Meter verschiedener Dessins,
1 Stück Herrenkleiderstoff,
1 Stück Futterstoff,
1 Kino-Apparat.

Güterabfertigung Bochum Hauptbahnhof.

Trauringe
massiv Gold
jede Preislage und Form stets vorrätig.
Heinr. Schweers
Goldschmiedemeister
Bochum, Wilhelmstr. 13.

Polster-Material
wie Bindfaden, Seegras, Sprungfedern, Nägel, Gurte, rotem Matratzen-Drell in mehreren Preislagen, Lederluch schwarz und braun, Wäscheleine, Gardinenschnur usw. alles gute Ware preiswert.
A. Thiel,
Humboldtstraße 52.

Einige Paar Herrenschuhe zu verkaufen. Weitmar, Kohlenstr. 90 II C.

Trauergottesdienst
zum Gedächtnis der entschlafenen Kaiserin **Sonnabend 8 Uhr** in der **Christuskirche.**
Evangelische Kirchengemeinde Bochum-Altstadt.

Zu einer am **Sams ag abend 8 Uhr in der Christuskirche** stattfindenden
Trauerfeier
anläßlich des Ablebens Ihrer Majestät der Kaiserin als Protektorin der Frauenhülfe laden die Unterzeichneten die ev. Frauen- u. Jungfr.-Vereine herzl. ein.
Der Stadtverband der ev. kirchl. Frauen- u. Jungfrauen-Vereine.
Frau Hoffmann. Pastor Schmidt II.

Stadt Bochum.

Impfgeschäft.

Das Impfgeschäft wird abgehalten werden:

für den Bezirk Bochum-Altstadt
am 18., 19., 20., 21., 22. April, 2., 3., 4., 6. und 7. Mai im evang. Vereinshause, Mühlenstraße 25;

für den Bezirk Grumme
am 18. April und 2. Mai im Lokale des Wirts Goeke, Josefinenstraße 65;

für den Bezirk Hamme
am 19., 20., 21. April, 3. und 4. Mai im Lokale des Wirts Hucke, Dorstenerstraße 213;

für den Bezirk Hofstede
am 22. April und 6. Mai im Lokale des Wirts Kepper, Verkehrsstraße 39;

für den Bezirk Rechen
am 19. April und 3. Mai im Lokale der Wirtin Gilleballe, Hattingerstraße 74;

für den Bezirk Ober-Wiemelhausen
am 21., 22. April und 6. Mai im Lokale des Wirts Hanefeld, Brenschederstraße 56.

Die Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder werden aufgefordert, die Impflinge zu den angesetzten Terminen zu bringen oder in den Terminen, spätestens aber bis zum Ablauf des Jahres den vorgeschriebenen Nachweis zu führen, daß die Impfung erfolgt ist oder aus einem gesetzlichen Grunde unterbleiben darf.

Eine Woche nach erfolgter Impfung, und zwar zu den in den Ladungen vermerkten Zeiten, haben die Impflinge zur Nachschau zu erscheinen.

Soll ein Impfpflichtiger von den öffentlichen Impfungen zurückbehalten und durch einen Privatarzt geimpft werden, so ist dieses vor dem Termine schriftlich hierher mitzuteilen.

Impflinge, die nicht mit reingewaschenem Körper und sauberer Kleidung erscheinen, werden zurückgewiesen.

Bochum, den 31. März 1921.

Die Stadtpolizei-Verwaltung.
Der Oberbürgermeister.

Amt Bladenhorst.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der neuen Brot- und Lebensmittelkarten erfolgt am Donnerstag, den 21. April 1921, im Amtshause (Abt. III) vormittags in der Zeit von 9—12 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr für den Ortsteil Bladenhorst.

Die Ausgabe der Karten für den Ortsteil Pöppinghausen findet am Freitag, den 22. April 1921, in der Wirtschaft Köster nachmittags von 3—6 Uhr statt.

Ohne Lebensmittelbuch werden keine Karten verabfolgt.

Bladenhorst, den 12. April 1921.

Der Amtmann: Abée.

Gemeinde Gerthe.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß der von der Gemeindevertretung Gerthe zum Schiedsmann für den Bezirk Höntrop wiedergewählte Kaufmann Hugo Schulenburg in Höntrop I Nr. 20 von dem Herrn Landgerichtspräsidenten in Bochum bestätigt worden ist.

Gerthe, den 11. April 1921.

Der Amtmann.

Neuwahl der Ausschußmitglieder der Maler- u. Anstreicher-Zwangsinnungs-Krankenkasse zu Bochum.

Nachdem die Wahlzeit der Ausschußmitglieder unserer Innungskrankenkasse spätestens mit Ende ds. Js. abläuft, wird auf Grund der Wahlordnung unserer Kassensatzung die Neuwahl von

6 Ausschußmitgliedern und 6 Ersatzmännern der Arbeitgeber und
12 Ausschußmitgliedern und 12 Ersatzmännern der Versicherten

auf Montag, den 30. Mai 1921 im Kassenlokal, Trankgasse 7a, Zimmer 18, festgesetzt.

Die Wahlzeit für die Arbeitgeber ist von 1—4 Uhr und für die Versicherten von 4—9 Uhr nachmittags festgelegt.

Die beteiligten volljährigen Arbeitgeber und die volljährigen Versicherten werden zur Einreichung von Wahlvorschlägen mit dem Hinweis aufgefordert, daß nur solche Wahlvorschläge berücksichtigt werden, die spätestens am Montag, den 2. Mai, bei dem Vorstande eingereicht werden. Die Stimmabgabe ist an diese Wahlvorschläge gebunden, welche vom 10. Mai ab in der Geschäftsstelle der Kasse eingesehen werden können.

Das Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis dient zur Prüfung der Wahl und Stimmberechtigung und kann ebenfalls bei der Geschäftsstelle der Kasse eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus dem Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis ergebenden Wahl- und Stimmberechtigung sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens bis zum 2. Mai unter Beifügung von Beweismitteln bei dem Vorstand einzulegen.

Da der Wahlausschuß befugt ist, die Wahl- und Stimmberechtigung jeden Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen, empfiehlt es sich, einen Ausweis hierüber zur Wahl mitzubringen.

Die Wahlvorschläge sind gesondert für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzureichen. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten der beteiligten Gruppe unterzeichnet sein.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens dreimal so viel Bewerber benennen, als Vertreter zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen und nach Familien- und Vor-(Ruf-)namen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei Versicherten ist der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Mit den Wahlvorschlägen für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. In jedem Wahlvorschlag ist ferner 1 Vertreter des Wahlvorschlages und 1 Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen.

Wählbar als Ausschußmitglieder sind nur volljährige Deutsche männlichen und weiblichen Geschlechts. Nichtwählbar ist:

1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben könnte, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist,
2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

Die Wahl ist geheim. Gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

Bochum, den 15. April 1921.

Der Vorstand der Maler- und Anstreicher-Zwangs-Innungs-Krankenkasse zu Bochum.

Weißer Kachel-Eck-Ofen
mit oder ohne Rießner-Einsatz zu verkaufen. Näh. in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Miets-Gesuche

Möbliertes **Zimmer** wenn mögl. mit voller Pension, in besserem Hause gesucht. Gefl. Angebote unter **C. K. 150** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Brautpaar (Bergingenieur) sucht sofort **2—3 möbl. Zimmer** auch Bodenzimmer in bess. Hause. Mietdauer ungefähr ¾—1 Jahr. Offerten unt. **G. W. 18935** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Offene Stellen

Städtisches **Arbeitsamt**
Bochum, Kranzgasse Nr. 7, Eingang E. Scharpenseel-Brauerei.

Die männliche Abteilung
Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 118, sucht:
Schneider, Maler und Anstreicher, Maurer, Zimmerer, Dachhammerschmiede.

Abteilung für Lehrlinge:
Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 144 sucht:
Kaufmann, Schmied, Tischlerer, Gärtner f. Herrschaftsbetrieb, Kunststeinfabrik.

Die weibliche Abteilung:
Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 119, sucht:
Haus-, Zweit- und Küchenmädchen, ½-, ¾- und Tagesmädchen, Stützen, jüngere und ältere Mädchen für Haus- u. Landwirtschaft, perf. Stenotypistin, perfekte Restaurationsköchin, 1 evang. Hausbälterin mit Referenzen.

Abteil. für Lehrmädchen:
Telefon Stadtverwaltung Nebenstelle 145, sucht:
Mädchen für häusliche Berufe auf dem Lande, Buchhandlung, Eisenwaren.

Gesucht z. 1. Mai zuv. tüchtiges **Mädchen** für Alles, w. kochen kann. Hintze, Brühl-Köln, Schildgesstr. 19.

Verkäufe

Gutes Zigarrengeschäft an mehreren Fabriken gelegen, Verdienst täglich 75—100 M., ist für 10000 M. ohne Ware zu verkaufen. Zu erfragen Geschäftsst. dieser Zeitung.

Gr. Strickmasch. bill. z. verk. Kronprinzenstr. 31

3 u. 4 W. al. Ziegenlamm z. verk. Bülowstr. 101.

Gr. Schließkorb z. verk. Kronprinzenstr. 3, 4. Et.

Eine Geige z. verk. Dorstenerstr. 351, 2. Et.

Ein 5-teil. Kasten für Kolonialwar., Küchenanrichte, Tisch, Stühle, Schweinetrog billig zu verkaufen. **Bahnhofstraße 31.**

Gebr. Nähmaschinen in jedem Zustande kauft zu den höchsten Preisen van Someren **Kronenstraße 5.**

Sechs Wochen altes **Saanen-Ziegenlamm** zu verkaufen. Bochum, Schellstr. 7.

Am Mittwoch abend im Stadtpark auf einer Bank a. Kinderspielplatz **Schachtel** liegen gelassen. Inhalt: Fils-Handtasche. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe auf dem Stadt. Fundbüro (früher Gummery) abzugeben. Gute Belohnung in Aussicht gestellt.

Wir suchen zum Eintritt am 1. Mai ds. Js. eine **Kontoristin** die perfekt stenographiert und Maschine schreibt. Bewerberinnen aus der Lack- und Farbenbranche werden bevorzugt.
Ferner suchen wir für unser Büro **einen Lehrling**
Angebote mit Gehaltsanspr. sind zu richten unt. Nr. **2273** an die Geschäftsstelle der Zeitung.

In Küche und Haushalt erfahrenes, evang. **Mädchen** z. 1. Mai ges. Fr. Generaldir. Köhne, Albertstr. 4.